

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll und Keil'...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3... Sonnabend, den 9. Januar 1926... Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Neue Steuerkämpfe in Frankreich.

Um das Schicksal des Kartells.

Paris, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der für Montag vorgegebene Zusammentritt der Finanzkommission dürfte der Ktempause...

Linie aus einer schärferen Erfassung der Einkommenbesteuerung, die Mittel zur Amortisierung der Schulden durch direkten Zugriff auf das Kapital...

Der Herzogsanwalt.

Der Volkvertreter als Fürstendiener.

Niemand von Ihnen vergesse, daß wir hier sitzen als erwählte Vertreter des deutschen Volkes, nicht aber als Fürstentknechte!... Der Rechtsausschuß des Reichstags hat die Aufgabe, die Interessen des Volkes zu wahren...

Luther bei Hindenburg.

Aber noch kein Auftrag.

Der Reichspräsident empfing am Freitag vormittag den Reichskanzler Dr. Luther, um mit ihm die Fragen der Regierungsbildung zu erörtern...

teilung der Regierung, die am Freitag an die Presse gegeben wurde. Danach sollen die Zuschüsse von 1,8 Millionen auf eine Million herabgesetzt werden...

Fortschreitende Räumung.

Das englische Oberkommando verläßt Köln.

Köln, 8. Januar. (TL.) Der englische Oberkommandierende wird schon in den nächsten Tagen Köln verlassen und nach Wiesbaden übersiedeln...

Die neue italienische Partei.

Ein Gründungsflugblatt.

Die neue sozialistische Partei Italiens hat ihre erste Rundgebung in der Form eines Flugblattes erlassen, dem Mussolinis Polizei den Umfang von ganzen vier Seiten vorgeschrieben hat...

Ein erfreulicher Fortschritt.

Oesterreicher und Reichsdeutsche sozialpolitisch gleich.

Die im Auftrag der deutschen und österreichischen Regierung durch den Senatspräsidenten Friß und den Ministerialrat Dr. Kerber geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Gensegenseitigkeitsvertrages...

Das Übereinkommen sieht die völlige Gleichstellung der Angehörigen der beiden Staaten in sozialversicherungsrechtlicher Beziehung vor...

Thüringische Kulturarbeit.

Sie bauen die Theater ab.

Weimar, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem bisherigen Etat Thüringens waren für die sechs Landes-theater 1,8 Millionen Mark Zuschüsse eingelegt worden...

Das Polizeipräsidium Berlin teilt mit: Der Polizeipräsident hat die Nummer 5 des 'Deutschen Tageblattes' vom 7. Januar 1926 wegen des darin enthaltenen Artikels 'Terror in Moskau'...

bei der Hand sind, wenn es um Volksnot geht. Jedem das Seine!

Diese Begabung des Herrn Everling mit einem doppelten Mandat aber rührt an die Reinheit des öffentlichen Lebens. Es würde schlimmste Korruption bedeuten, wenn ein Rechtsausschuss des Reichstags ein bezahlter Prozessvertreter sein Abgeordnetenmandat mißbrauchen wollte, um die Interessen seines Prozessmandanten gegen die öffentlichen Interessen zu vertreten. Herr Everling ist als bezahlter Prozessvertreter an der Gesetzgebung des Rechtsausschusses persönlich interessiert. Er ist sich des Bedenklichen seiner Haltung wohl bewußt gewesen. Verlegen stammelte er, als sich der Sturm der Entrüstung gegen ihn erhob, er habe dem Ausschuss nur das sachliche Material, das er kannte, mitteilen wollen. Er hatte im Ausschuss schon eine vierseitige Druckschrift verteilen lassen, die ein Plädoyer für die Fürsten, und also auch für seinen Mandanten ist. Er wollte als Prozessvertreter dem Ausschuss ein Plädoyer liefern.

Die schärfste Beurteilung für Herrn Everling liegt darin, daß es ein Parteifreund von ihm war, der ihn entlarvte. Der Thüringer Finanzminister Klüchhner hat das Verdienst, dem Rechtsausschuss Kenntnis von dem Doppelmandat des Herrn Everling gegeben zu haben. Herr Klüchhner ist so gut deutsch-national wie Herr Everling. Beide stehen im Prozess einander gegenüber: Herr Klüchhner kraft seines Amtes mit der Wahrung der Interessen des Staates und Volkes betraut, Herr Everling mit der Wahrnehmung der Ansprüche des ehemaligen Herzogs. Im Rechtsausschuss stehen sie einander wieder gegenüber: Herr Klüchhner in der Wahrnehmung seines Amtes — der Prozessvertreter des Fürsten aber hat sich die Maste des Gesetzgebers vorgenommen. Da mag wohl in Herrn Klüchhner moralische Empörung emporgestiegen sein, daß er Herrn Everling die Maste des Gesetzgebers abgenommen und ihn in seiner wahren Funktion vorgestellt hat — als Anwalt des ehemaligen Herzogs von Altenburg.

Herr Everling hat aus dem Rechtsausschuss während der Beratung der Fürstenabfindung zu verschwinden. Das ist die Forderung, die aus seinem Doppelmandat erwächst. Welchen Värm hätte die Rechtspreffe angeschlagen, wenn ein Postiker der Vinken so wenig Reinklichkeitsgefühl und Rechtsgefühl besessen hätte wie Herr Everling! Wie hätte sie mit Herrn Everling über Abstieg und Niedergang der Rechtsauffassung heuchlerische Tränen vergossen!

Aus dem Doppelmandat des Herrn Everling ergibt sich aber auch noch eine Folgerung. Die Öffentlichkeit hat Herrn Everling bisher achselzuckend als einen Fanatiker der Legitimität angesehen. Sie weiß jetzt, daß sich der Fanatismus des Herrn Everling immerhin bezahlt macht. Sie wird die Dienergestimmung, die in den monarchistischen Deflamationen des Herrn Everling zum Ausdruck kommt, anders beurteilen, wenn sie erfährt, daß Herr Everling als Prozessvertreter des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Altenburg seine ergebene monarchistische Treue immerhin fürstlich honoriert erhält.

Herr Everling ist ein Freund legitimitätlicher Tiraden, die er ungefähr ebenso handhabt wie das Recht, von dem er so viel redet. Man wird künftig unter seinen monarchistisch überspannten Sätzen noch eine Unterleodie hören. Am 7. November deklamierte er in der „Kreuzzeitung“:

Sucht man die konservative Anschauung in drei Grundtatsachen zu begreifen, so kann man im Legitimus ihre Metaphysik, im Organismus des Staates ihre Logik, und im Patriotismus ihre Ethik sehen.

Jamohl, der Legitimus ist die Metaphysik des Herrn Everling. Seine Logik aber ist die brüchige Logik eines Juristen, der das höchste Recht des Volkes nie begriffen hat, und seine Ethik — ist die Prozessvertretung des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Altenburg gegen das Recht eines schmerzleidenden Volkes.

Mit Gott für König und Vaterland! Wenn Herr Everling künftig so deklamiert, wird man ihm höhnend antworten: Mit Gott für den Herzog von Sachsen-Altenburg und die herzoglichen Honorare!

Der Fürstenschwindel. Sturm auf Thüringen.

Wie die berühmten Fürstenprozesse zustande kommen, darüber unterrichtet sehr anschaulich eine Mitteilung, die das „Berliner Tageblatt“ aus Thüringen über die Ansprüche des ehemaligen Fürstenhauses für Schwarzburg-Sondershausen erhält:

Der letzte Sondershäuser Regent Fürst Günther, der zugleich auch Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt war, erließ am 25. November 1918 mit Zustimmung des Landtags von Sondershausen ein Gesetz über die Ergänzung des Landesgrundgesetzes vom Jahre 1857, wonach für den Fall eines Verzichts des Fürsten auf die Regierung die ihm zustehenden landesherrlichen Rechte auf das Ministerium übergehen. Nach Veröffentlichung dieses Gesetzes legte der Fürst die Regierung mit Abkündigungsurkunde vom 25. November nieder. Am 5. Dezember 1918 schloß der ehemalige Fürst mit der Regierung einen Auseinanderlegungsvortrag ab, der durch Landesgesetz vom 7. Januar 1919 die notwendige vorkonstitutionelle Bestätigung erhielt. Fürst Günther übertrug das auf den Namen des Fürsten im Grundbuche eingetragene Kommergut restlos dem Staate, dagegen erhielt er eine jährliche Rente von 210000 Mark zuerkannt, sowie das bisherige Jagdrecht und das Anspruchsrecht in den Schlössern. Der Vertrag wurde abgeschlossen noch mit der alten Regierung und dem alten Landtage, der sich zusammensetzte aus sechs vom Fürsten auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern, aus sechs Abgeordneten der Höchstbesteuerten und sechs Abgeordneten aus allgemeinen Wahlen. Ein einziger Abgeordneter aus allgemeinen Wahlen gehörte der Sozialdemokratie an!

Der Fürst war nie darüber im Zweifel, daß der von ihm als Privatmann und ohne äußeren Zwang mit dem Landtag abgeschlossene Vertrag eine völlig gültige Rechtsabhandlung darstelle. Die nach einer Grundfrage für eine spätere Restourierung strebende Hofelique und insbesondere der Hofmarschall v. Halem setzten dem alten Mann immer mehr zu, den Vertrag anzusehen. Es wurde schließlich ein Rechtsgutachten des Professors Krümann (Münster) eingeholt, das sich auf den Standpunkt stellte, der Vertrag sei ungültig und anfechtbar. Daraufhin beschritt der Fürst den Klageweg. Nachdem das Reichsgericht den ordentlichen Rechtsweg zugelassen hatte, erkannte das Landgericht Erfurt in erster Instanz auf Ungültigkeit des Vertrages wegen Verstoßes gegen die guten Sitten. (1) War die Forderung oder die Unerschaffenheit oder der Verzicht des alten Mannes ausgebeutet? Von seinen eigenen treuen Anhängern? ...

Nur vor dem Tode des Fürsten Günther im vorigen Sommer ließ man den alten tranken Fürsten ein Testament errichten, durch welches das gesamte Kommergut in ein Hausatoo verwandelt und die Fürstinwitwe als Erbin eingesetzt wurde. Auch hierbei hat wieder Professor Krümann mitgewirkt. Hofmarschall v. Halem wurde zum Testamentsvollstrecker ernannt. Nunmehr trat die Fürstinwitwe in die Prozesse ihres verstorbenen Mannes als Klägerin ein und verlangte die Rückgabe von 21 vorwiegend wertvollen Domänen und 18000 Hektar Wald.

Um dem Unfug die Krone aufzusetzen, hat in dieser Woche auch noch der sogenannte Prinz Sizzo von Leutenberg, der als Nachfolger des kinderlosen Fürsten in Aussicht genommen war, aber noch zu dessen Lebzeiten auf sein sogenanntes Thronrecht verzichtet hatte, den Staat Thüringen mit zwei weiteren Klagen heimgesucht. Ingesamt schweben gegen Thüringen jetzt 25 Prozesse von „angestammten Landesvätern“, die sich alle noch aus der Not des Volkes bereichern möchten.

Und deutschnationale Abgeordnete spielen ihnen dabei in die Hand!

Ein seltenes Urteil.

Celzig, 8. Januar. (11.) Wie erinnertlich, hat Prinz Sizzo von Schwarzburg gegen das Land Thüringen einen Prozeß geführt, der dahin ging, daß alle mit dem früheren Fürsten von Schwarz-

burg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen abgeschlossenen Abfindungsverträge ihm gegenüber nichtig seien, da er als Regent nicht gehört worden sei. Nachdem das Oberlandesgericht Naumburg die Ansprüche des Prinzen in zweiter Instanz abgewiesen hatte, legte Prinz Sizzo beim Reichsgericht Revision ein. Diese Revision wurde heute vom Reichsgericht verworfen. Damit sind alle Ansprüche des Prinzen gegen das Land Thüringen als erledigt zu betrachten.

Upanage für Mätressen!

Von „besonderer Seite“ wird der „Voss. Zig.“ zu dem gleichen Kapitel geschrieben:

Haarsträubend sind die Verhältnisse in Coburg-Gotha. Dem Herzog Ernst von Coburg-Gotha sind im Jahre 1866 die durch Preußen als kurhessischer Besitz erbauteiten schmalen Walden, wohl der wertvollste Forstbesitz in Deutschland, für seine dem preussischen König geleistete Waffenhilfe geschenkt worden. Woher der preussische König den Rechtstitel genommen hat, ohne Genehmigung des Landtags diesen Besitz zu verpfänden, bleibt unklar. Der Herzog hatte bei der Schenkung die Verpflichtung übernommen, sein Land wegen der Kriegskosten zu entschädigen, hat aber diese Verpflichtung mit einem Bruchteil des Wertes des Geschenkes abgegolten. Jetzt sind diese Wälder dem englischen Prinzen zugefallen, der der Rechtsnachfolger des Herzogs von Coburg-Gotha ist.

Dem Zustande formalen Rechts und tatsächlichen Unrechts steht die Abfindung in Mecklenburg-Strelitz die Krone auf. Dort sind es riesige Summen, die sich die Erben des letzten, durch Selbstmord geendeten Fürsten angeeignet haben. Die Prinzessin Danilo von Montenegro, die Schwester des letzten Fürsten, hat etwa 8 Millionen Mark davongetragen, droht aber noch mit neuen Prozessen. Es möchte in diesem Falle die Frage berechtigt sein, ob auch wohl ihr verstorbenen Gemahl, der Prinz Danilo, von seinen serbischen Stammesbrüdern in gleich generöser Weise abgefunden worden ist, als sie das montenegrinische Königreich und seine dortigen Einkünfte in ihren Besitz brachten.

Geradezu grotesk aber ist es, daß heute dem Lande Mecklenburg-Strelitz ein neuer Prozeß angedündigt ist, in dem die Erben des letzten Fürsten die Verpflichtung, eine jährliche Upanage von 20000 Mark den früheren Mätressen des vorletzten Großherzogs zu zahlen, auf das Land abzumähen beschließen. Inwiefern die Upanage, die zu dieser Verpflichtung geführt haben, als Regierungsakto zu bezeichnen sind, bleibt dem fernersiehenden unerfindlich.

Unersichtlich ist in Deutschland leider gar nichts mehr. Nachdem das deutsche Volk bei seiner Revolution so nachsichtig gegen die „Landesväter“ und ihre Sippe war, ist es begreiflich, wenn sie immer unerschämter werden.

Württemberg für den Zollkrieg!

Seine Regierung lehnt das Wirtschaftsabkommen ab.

In der gestrigen öffentlichen Plenarsitzung des Reichstages ist aufgegeben, daß der Vertreter Württembergs bei der Abstimmung über das vorläufige Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Spanien genötigt war, die Ablehnung durch seine Regierung besonders festzustellen.

Württemberg, das Land der hauptsächlich auf den Export angewiesenen verarbeitenden Industrien gegen die Bedrohung des Zollkrieges mit Spanien — das ist bemerkenswert! In der Spitze der württembergischen Regierung steht der deutschnationale Abgeordnete Bagille.

Eine deutsch-polnische Verständigung. Im Stadtparlament von Bromberg ist es zum erstenmal zu einer deutsch-polnischen Verständigung gekommen. Die neue Mehrheit besteht aus den deutschen und den polnischen freien Gewerkschaften und den polnischen Christlich-Demokraten, die zusammen über 31 gegen 26 Stimmen der Nationalisten und der Radikalsocialisten verfügen, während sich die polnischen Sozialdemokraten neutral verhalten. Bei der Abstimmung über den Stadtvorordnetenvorsteher und den stellvertretenden Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Schriftführer wurden zwei Deutsche gewählt.

Otto von Tegernsee.

Von August Graf.

Er ist zwar nicht von Tegernsee, sondern in der Donaustadt Regensburg zu Haus, obgleich er eigentlich das fränkische Rohr a. Main seine Heimat heißen muß. Aber da fehlt sich nichts, wie man in Bayern zu sagen pflegt, denn anders bayerische Herrgötter wie der große Doktor Heim, der im gleichfalls fränkischen Hofschloß seine ersten Windeln noch gemacht hat, oder wie Se. Exzellenz, der Herr Ministerpräsident Heib des Kgl. Freistaats Bayern, der als „blinder Hesse“ diese Erdennwelt begrüßte, sind auch nicht von dahinten her, wo die rechten Bayernherzen hinter bayerischem Janker schlagen! Ein bayerisches Herrgötter ist er trotzdem, der Otto, der nicht von Tegernsee ist! Auch wenn er nicht einmal Otto von Tegernsee, sondern Otto Hartmann heißt.

Und was für ein Herrgötter! Er ist's gewesen, der als aus-erwählter Politikus vor dem Herrn zu allererst das große Wort von der blügigen Kochwurst, die zu Königs Zeiten noch ein Zehner kostete, unter das in Treue steht, aber nicht fest gewordene Bayernvolk schleuderte und so die zugkräftigste monarchistische Lösung gab! Er ist's gewesen, der, die heilige Erinnerung an den einstigen 24-Pfennig-Bierpreis wachrufend, bayerischen Jörn entkammend und Randln, Buam und Jungfrauen unter die Fahne des Heimat- und Königsbundes zum Kampf für die erhabenen Güter der Nation in die Schranken bayerischer Eigenartspolitik rief. Er ist's, der allüberall im Hinterwald, wo der Katechismus die Grundlage der Volksbildung abgibt, wo das Volklied gegurgelt wird und das schöne Lied vom bayerischen Schwabengschör erkönt, treue Bayernherzen zu dem Schwur begeisterte:

Und a Kini muoh her
Und wenn's der Teisl gleich wär.

Aber das ist noch gar nichts. Der Otto von Tegernsee, der nicht von Tegernsee ist und Otto Hartmann heißt, ist nicht nur ein großer Politikus vor dem Herrn, sondern auch ein großer — Denker und Dichter! Wer's nicht glaubt, lasse sich nur einmal von der Regensburger Verlagsanstalt vorm. J. G. Manz, deren Direktor der Herr „Königliche Wirkliche Rat“ Otto Hartmann ist, einen Prospekt schicken! Da kann er schwarz auf weiß lesen, daß die Bayern „sich glücklich schätzen können“, daß sie „unter den Männern echt deutschen, bayerischen Christtums geistige Recken besitzen, geistige Helden, die mit ihrer erhabenen Poesie in der Volksweltigkeit des Lebens wurzeln“, und daß „einer dieser echt deutschen bayerischen Dichtergestalten der allenthalben in weiten deutschen Landen bekannte Schriftsteller, der „Königliche Wirkliche Rat Otto Hartmann ist“, dessen Prosawerke „Waldeszauber“, „Im Zauber des Hochgebirges“ und „Friedens-

quellen“ bereits mit einer Gesamtauflage von mehr als 35000 Bänden „in der künstlerisch geleiteten“ Verlagsanstalt J. G. Manz erschienen seien! Wirklich schwarz auf weiß steht's so zu lesen von dem „geistigen Recken“, von dem „Geistesheros“ mit „erhabenen Poesien“, von der „echt deutschen, bayerischen Dichtergestalt“ mit dem Zauber des Waldes und des Hochgebirges, der sein eigener, „künstlerisch leitender“ Verleger und Reklamemacher ist! Da legt dich nieder, sagt man gern in Bayern in ähnlichen Fällen. Doch der geistige Recke denkt damit gar nicht, auf diesen seinen Vorbeeren zu ruhen. Er legt vielmehr seine stauenden Zeitgenossen vollends auf ihre vier Buchstaben durch die Lobeshymnen, die Kardinals, Bischöfe, Generale und Minister, Fürsten und Erzellenzen seinen „Proschwerken“ gespendet haben! Er übermächtigte zu guter Letzt einfach durch den päpstlichen Segen, der seinem „echt deutschen bayerischen Christtum“ geworden und vom Kardinalstaatssekretär Gaspari gegengezeichnet ist.

Blut-Transfusionen.

Kürzlich ist einem früheren Reichsminister, der noch heute einen hohen Verwaltungsposten bekleidet, durch eine Blutübertragung das Leben gerettet worden, nachdem ihn die Letzte bereits aufgegeben hatten. Durch diesen Vorgang wird die Öffentlichkeit auf die noch ganz junge medizinische Praxis der Blut-Transfusion hingelenkt. In London besteht schon seit einiger Zeit eine Vereinigung, die sich dem roten Kreuz anschließen hat und die Bezeichnung „Blut-Transfusionsdienst“ führt. Ihre Mitglieder sind ausnahmslos freiwillige, unbezahlte Helfer, die den Londoner Krankenhäusern jederzeit zur Verfügung stehen, wenn Blutspender benötigt werden. Die Übertragung von Blut eines gesunden in die Adern eines kranken oder verunglückten Menschen ist besonders in England und Amerika schon sehr häufig durchgeführt worden, doch stand ihrer erwünschten Verbreitung und der vollen Ausnützung ihrer segensreichen Wirkungen der Umstand im Wege, daß sich nicht jederzeit rasch genug der passende Blutspender fand. Nicht jeder Mensch taugt hier für jeden anderen, und man kann nicht einfach einem halb ausgeblutet in das Krankenhaus eingelieferten Patienten von irgend-einem anderen Menschen entnommenen Blut einführen. Abgesehen davon, daß die Gesundheit des Blutspenders feststehen muß, gibt es auch vier verschiedene Gruppen, in die man das Blut des Menschen einordnen kann. Jeder gehört also zu einer bestimmten Gruppe, und man darf ihm nur Blut der gleichen Gruppe einführen, sonst gerinnt das Blut, und der Empfänger geht zugrunde. Braucht also ein Londoner Spital einen Blutspender, so ruft es einfach den „Transfusionsdienst“ an, und eine halbe Stunde später findet sich ein Mitglied der verlangten Blutgruppe ein — bereit zur Blut-spende. Alle diese Mitglieder versehen ihre Aufgabe ohne irgendein Entgelt; der „Dienst“ ersetzt ihnen nur ihre Auslagen. Von der Einrichtung ist bereits ein so eifriger Gebrauch gemacht worden, daß ein weiterer Ausbau notwendig geworden ist.

In Berlin haben die Ärzte, die sich in großem Umfang mit der Blut-Transfusion beschäftigen, einen Aufruf an die Studentenschaft erlassen, und es sind bereits sehr reichliche Blutergaben gesichert

worden. Für die Blutentnahme ist ein Tarif nach amerikanischem Muster festgesetzt worden. In Amerika wird eine Vergütung von 50 Dollar für 1000 Gramm Blut gewährt. In Berlin ist ein Tarif von 100 Mark für 500 Gramm — mehr wird in keinem Fall entnommen — eingeführt. Die Weibchen der Blutentnahme sind in letzter Zeit so verfeinert worden, daß einfach durch eine Hohlnadel das Blut entnommen und fast gleichzeitig in den Arm des Empfängers eingeführt wird. Der medizinische Erfolg ist schon unmittelbar danach in auffallendem Grade wahrnehmbar.

Theaterkandal gefällig? Gewissen Rechtsblättern scheint eine Störung der Vozzel-Aufführung in der Staatsoper erwünscht, da ihnen die Oper unympathisch ist. Beim „Lokal-Anzeiger“ erzeugte der Wunsch gleich das Faktum. Denn dieses Blatt meldete, die Aufführung hätte am Donnerstag nicht zu Ende geführt werden können wegen der Störungen, die das Orchester mit vorzeitigem Schluß beantwortet hätte. Wie aus dem Staatsopertheater mitgeteilt wurde, ist diese Meldung falsch. Die Oper wurde trotz Mißfallausrufen unter Ovationen zu Ende geführt.

Staats- und Berliner Stadtkoper. Die Verhandlungen zwischen Staat und Stadt Berlin haben, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelt, in der Frage der Personalunion praktische Schwierigkeiten ergeben, so daß von einer solchen abgesehen werden soll. Dagegen werden die Verhandlungen über eine Interessengemeinschaft fortgesetzt.

Die Staatsoper hat Busonis „Faust“ angenommen. Die Aufführung wird unter Leitung von Erich Kleiber und Franz Lubwig Hörth zu besonderer Gelegenheit im Frühjahr 1927 stattfinden.

Kinderelend in Sowjetrußland. Frau Krupstaja, Lenins revolutionäre Witwe, richtet in der „Pravda“ scharfe Angriffe gegen das russische Volkserziehungskommissariat. Sie erklärt, daß die Kinder in den Wägen zu förmlichen Banditen erzogen werden. In den Straßen Moskvas irren 80000 Bettler umher und werden von der Miliz wie tolle Hunde gejagt, aber auch auf die vagabundierenden Kinder, die die Straßen füllen, wird Jagd gemacht. „Diese Kinder“, sagt Frau Krupstaja, „sind aber nicht das Produkt früherer Mißstände, sondern ein Produkt der Gegenwart — der Arbeitslosigkeit und vor allem der häußerlichen Verarmung. Man sängt die Kinder ein und stopft sie in Wäse, die mit ihrer klinkenden, absehterregenden Atmosphäre die Kinderseele abtöten. Aus diesen „Engelsfabriken“ brechen die Kinder genau so aus wie die Verbrecher aus den Kerker und streben nach dem Süden, wo es warm ist, wo aber auch wieder genau so Jagd auf sie gemacht wird. Wieder werden sie in Wäse gepferkt, und aus diesen Schredensorten brechen schließlich nicht nur die Kinder aus, sondern auch die Verwalter der Wäse, die nicht mehr imstande sind, dem Elend länger zuzusehen. Und solcher verirrter, verwildeter Kinder gibt es Hunderttausende.

Gründung einer italienischen Akademie. Der italienische Minister hat die Gründung einer Akademie nach Pariser Vorbild mit dem Sitz in Rom im Palazzo Giustiniani beschlossen. Sie wird reichlich mit Staatsmitteln ausgestattet und soll 60 Mitglieder umfassen, die auf Lebenszeit gewählt werden. Als die ersten Mitglieder werden 20 Annunzio und Marconi genannt.

Neuregelung der Knappschaftsversicherung.

Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats.

Der sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich in den letzten Wochen mehrfach mit dem Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Reichsknappschaftsgesetzes beschäftigt. Auf Grund der von einem Sonderausschuss geleisteten Vorarbeit hat der Ausschuss am Donnerstag sein Gutachten in einer Anzahl von Entschlüssen niedergelegt, die der Reichsregierung unmittelbar überwiesen wurden.

Aus den Entschlüssen geben wir folgende wichtige Bestimmungen wieder: Die der Berechnung der Rente zugrunde zu legenden Beiträge sind vom Reichsknappschaftsverein einheitlich in Prozenten von insgesamt fünf Lohnklassen, von denen der einzelne Knappschaftsverein je nach der Höhe der in seinem Bezirk üblichen Löhne drei auswählt, zu erheben. Als Mindestpension sind 60 Steigerungsbeiträge zu gewähren. Der Berufsunfähigkeit ist gleichzeitige die Erreichung des 50. Lebensjahres, wenn gleichzeitig mindestens 300 Beitragsmonate und davon mindestens 180 Monate wesentlich bergmännische Arbeit nachgewiesen sind. Soweit Versicherte 180 Monate wesentlich bergmännische Arbeit nicht nachweisen können, erhöht sich die Altersgrenze auf 55 Jahre.

Weiter heißt es in den Entschlüssen: Durch das Reichsknappschaftsgesetz vom 22. Juni 1923 sind dem RWR. an der Hand der Kosten erwachsen. Um die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle bestehenden Renten- und Anwartschaftslasten zu erleichtern, ist hierfür aus Reichsmitteln eine entsprechende Beihilfe zu gewähren. Soweit hierdurch die verbleibende Mehrlast auf Grund der alten Renten und Anwartschaften nicht aufgehoben wird, hält der Arbeitsausschuss eine Verkürzung der laufenden Renten und Anwartschaften bis zu folgendem Ausmaß notwendig: a) Rückwirkende Berechnung der Renten und Anwartschaften dergestalt, daß für jedes Dienstjahr 1,5 Proz. des betreffenden Hauerdurchschnittslohnes in Anrechnung gebracht werden, b) Kürzung der Alterspension bis 80 Proz. der verdienten Rente.

Soweit die Angestelltenpensionsklasse in Frage kommt, heißt es in der Entschlüsselung: Lebensalter und Dienstalter sind für die Alterspension der Angestellten wie in der Arbeiterklasse zugrunde zu legen. Der Anfangsbetrag der Alterspension für Angestellte soll ebenfalls auf 80 Proz. festgelegt werden. Höchstbegrenzung beim Zusammentreffen mehrerer Renten soll wie bei der Arbeiterklasse geregelt werden. An einer Reichsbeihilfe für die Gegenwartslast ist die Angestelltenklasse nach den gleichen Grundsätzen zu beteiligen wie die Arbeiterklasse.

Weiter erkannte der Ausschuss die Berechtigung des Wunsches eines Teiles der Industrien der Steine und Erden an, wieder aus der Knappschaft auszutreten zu können. Als Voraussetzung für ein solches Auscheiden hält der Ausschuss es für nötig, daß vorher zwischen dem auscheidenden Teil und dem Reichsknappschaftsverein über die beiderseitigen Verpflichtungen aus dem bisherigen Versicherungsverhältnis eine Regelung getroffen werden muß.

Dollaranleihe in Anhalt.

Erklärung des Ministerpräsidenten.

Desau, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Landtagssitzung teilte Ministerpräsident Dörmig mit, daß es dem Staatsministerium während der letzten Tage des alten Jahres gelungen sei, in Berlin durch Vermittlung des Hamburger Bankhauses Warburg eine 2 1/2-Millionen-Dollar-Anleihe langfristige zu 7 Proz. bei einem Auszahlungstermin von 91,35 abzulassen. Ferner sei es gelungen, langfristige für die Salzwerke acht Millionen aus der Anleihe und eine Million von der Reichsversicherung zu erhalten. Damit seien die kurzfristigen Schulden des Staates konsolidiert, dessen Abfall kein Defizit und dessen Haushalt keinen Fehlbetrag aufweise. Das Vermögen des Staates betrage 250 bis 300 Millionen. Das Ministerium denke nicht daran, sich Kreuze anzuschließen, dessen finanzielle Verhältnisse nicht besser lägen, als die anhaltischen.

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Neue Verhandlungen im Reichstage.

Dem Reichstag ist kürzlich eine Uebersicht über das nachentschädigungsverfahren für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Oktober 1925 zugegangen. Nach den Angaben der Uebersicht haben die gesamten Aufwendungen für die Durchführung dieser sogenannten Zwischenfrist bis zum 31. Oktober 1925 rund 163 Millionen Mark betragen. Und zwar sind gewährt worden für 104 620 nachentschädigungsfälle zusammen 128,4 Millionen Mark. Für sogenannte nachentschädigungsbeihilfen in 1359 Fällen zusammen 124 217 Mark und für Wertpapier-nachentschädigungen in 2562 Fällen insgesamt 5,3 Millionen. An Darlehen wurden ausgegahlt rund 29,3 Millionen Mark. Die Zahl der durch Bewilligung oder Ablehnung bis zum 31. Oktober erledigten Darlehensfälle beträgt 1066.

In einer Denkschrift der Organisation der Liquidationsgeschädigten wird die langsame Durchführung des nachentschädigungsverfahrens kritisiert. Auch wendet sie sich dagegen, daß in letzter Zeit die Haltung der Entschädigungsbehörden wesentlich schärfer geworden sei. Ferner fordern die Organisationen erneut die Gewährung weiterer Entschädigungen an die Mittelstands geschädigten, sowie Fürsorgemaßnahmen für die stiegenschädigten Miten, Gebrechlichen und Erwerbsunfähigen, die zum Teil auch im nachentschädigungsverfahren leer ausgegangen sind. Zum Schluß wird die Forderung erhoben, nimmte die gesetzgeberischen Vorarbeiten für die abschließende gesetzliche Regelung des ganzen Entschädigungsverfahrens einzuleiten.

Die Organisationen der Geschädigten haben den Präsidenten des Reichstags gebeten, den Entschädigungsausschuss des Reichstags baldigst zusammenzuberufen. Es ist anzunehmen, daß diesem Wunsche stattgegeben wird, und daß der Reichstag sich in nicht allzuferner Zeit erneut mit der Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen beschäftigt wird. Die Sozialdemokratie wird sich dabei in erster Linie der Interessen der in bitterster Not lebenden Klein geschädigten annehmen. Wenn auch die Finanzlage des Reiches gewisse Schranken zieht, so kann man doch unmöglich angesichts des gewaltigen Entgegenkommens des Reiches an die Ruhrindustriellen und andere große Kapitalisten den kühneren Ansprüchen eine strikte Ablehnung zuteil werden lassen, wie das der Wunsch der Reichsregierung zu entsprechen scheint.

Militärkrise in Belgien. Die „Times“ meldet aus Brüssel: In gutunterrichteten Kreisen wird seit einiger Zeit mit der Möglichkeit des Rücktritts des Ministers für nationale Verteidigung, General Reims, und mit einer sich aus diesem Rücktritt ergebenden teilweisen Ministerkrise geredet. Dem Berichterstatter des Blattes zufolge beabsichtigt Reims, an seinen Vorschlägen hinsichtlich der Dauer der Militärdienstzeit festzuhalten.

Banknotenfälscher und Hakenkreuzler.

Die Unterdrückung der Wahrheit beginnt schon.

Budapest, 8. Januar. (WZ.) Auf Veranlassung der „Koffenschäfer“ ist das Oppositionsblatt „Vilag“ wegen angeblicher Beleidigung des Horihy auf 8 Tage verboten worden.

Wien, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die ungarische Regierung ist eifrig bestrebt, die Ständekassäre als die Handlung einer nach Geld trachtenden, verkommenen Gesellschaft hinzustellen. In Wirklichkeit waren Windischgrätz und Konsorten auch im politischen Leben des ungarischen „Königreichs“ sehr stark tätig. Es dürfte überhaupt kaum eine politische Interzesse geben, an der gerade Windischgrätz nicht beteiligt war. Neuerdings wird bekannt, daß dieser Hochstapler vor kaum zwei Jahren auch jene Dokumente gefälscht hat, auf Grund deren die Regierung der Vereinigten Staaten die Einreise der Gräfin Karolyi verbot. Der amerikanische Senator Vorah ist von diesen Umständen insofern in Kenntnis gesetzt worden, während Gräfin Karolyi ihren New Yorker Anwalt mit der Durchführung eines Revisionsverfahrens beauftragt hat.

Die Untersuchung in Budapest.

Budapest, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhaftungen in der Geldfälscherkassäre häufen sich. Bisher seien 11 Personen, die in enger Beziehung zu den führenden politischen Kreisen des Horihy-Regimes stehen, hinter Schloß und Riegel. Das größte Aufsehen hat die Verhaftung des Vizepräsidenten des ungarischen Nationalverbandes und des Verbandes der gesellschaftlichen Vereinigungen, Szörtesy, erregt, der im Mittelpunkt der monarchistischen Treibereien steht. Er gilt allgemein als der Haupttreiber für die Ausruhmung des „Erzherzogs“ Albrecht zum König von Ungarn. Albrecht hatte vor einiger Zeit das Präsidium des Nationalverbandes übernommen. Jetzt allerdings erklärt er, daß er mit dem Verbande nichts zu tun gehabt habe. Verhaftet ist auch der Bruder des in Holland festgenommenen Obersten Santowitsch, sowie der Sohn des früheren Ernährungsministers Polnay.

Der verhaftete Güterdirektor des Prinzen Windischgrätz hat mitgeteilt, daß der Prinz 30 Millionen Franc in italienischen Banknoten liegen habe. Der verhaftete technische Beamte des kartographischen Instituts gab bei seinem Verhör zu, insgesamt

25 000 Tausendfranknoten hergestellt

zu haben. Man sei durch hochstehende Personen an ihn herangekommen mit der Frage, ob er sich für den Druck der falschen Noten hergeben wolle; er liege im nationalen Interesse, Frankreich finanziell zu schädigen. Prinz Windischgrätz war schließlich persönlich zu ihm gekommen und habe seine letzten Bedenken zerstreut mit der Erklärung, daß es sich um einen patriotischen Zweck handle. Auch der Polizeichef wisse davon, und er, Windischgrätz, verbürge sich dafür, daß die Sache nicht herauströme. Tatsächlich haben auch Windischgrätz und Radossy bei ihrem Verhör als ihre Auffassung ausgesprochen, man dürfe Frankreich gegenüber in den Mitteln nicht wählerisch sein, weil Ungarn den Franzosen den Verlust von zwei Dritteln seines Gebietes verbante. Den Vertrieb der gefälschten Banknoten hatte in erster Linie Radossy organisiert; er, wie seine engsten Mitarbeiter, sind bereits festgenommen. Gegen die Wba. Ullain und G. Cardy hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, weil sie die Fälscher verherrlicht haben.

Zwischen den ungarischen Banknotenfälschern und den deutschen Hakenkreuzlern enge Beziehungen

bestanden haben. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß nicht nur die Druckmaschinen zur Herstellung der falschen Noten aus Deutschland geliefert waren, einwandfrei steht auch fest, daß das Papier für den Rotendruck deutschen Ursprungs ist. Windischgrätz hat es sich in Deutschland in Verbindung mit bayerischen Hakenkreuzlern verschafft. Sie waren in das Geheimnis der Banknotenfälschung und in den Zweck der Papierlieferungen eingeweiht. Windischgrätz soll das bei seinem Verhör offen erklärt haben.

Die sozialdemokratische „Nepzava“ (Volksstimme) macht am Freitag in einem Aufsatz bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion sofortige Einberufung der Nationalversammlung verlangt, jedoch die notwendigen 50 Unterschriften nicht aufgebracht habe, da sie bei den anderen Oppositionsparteien keine Unterstützung fand. Der Aufsatz sagt, daß das gegenwärtige Regime in Ungarn für die Fälschungen verantwortlich gemacht werden müsse. Dieses System müsse gestürzt werden, zumal von ihm schon früher eine Reihe von Verbrechen ausgegangen oder verübt worden sei. Die Sozialdemokratie fordert daher die Regierung auf, von ihrem Pläne abzutreten, und einem anderen System zu weichen. Das neue Regime müsse zunächst an Stelle des Reichsverwesers einen Staatsrat legen und nach Durchführung der Wahlreform Neuwahlen ausführen.

Unter den führenden Persönlichkeiten, die am Freitag vernommen wurden, war auch der Feldbischof Jadravetsch. Er mußte angeben, von den Absichten der Windischgrätz und Konsorten Kenntnis gehabt zu haben. Von jeder weiteren Mitwirkung habe er sich aber offensichtlich zurückgezogen, als er die Mittel erfuhr, mit denen des-politischen Ziel der Monarchisten erreicht werden sollte. Im Laufe des Freitag wurde auch der rechtsradikale Bandenführer Gombös vernommen. Er bestritt jede Beziehung zu den Fälschern.

Die Polizei erklärt, daß sie ihre aufstrebende Tätigkeit am Freitag abschließen zu können hofft und am Sonnabend ihre Akten der Staatsanwaltschaft übergeben werde. Wie verlautet, hat Prinz Ludwig Windischgrätz der Staatsanwaltschaft eine Kauion von zwei Milliarden Kronen angeboten, um seine Freilassung zu

Wirkungen des Thronverzichtes.

Bildung eines Oppositionsblocks in Rumänien.

Bukarest, 8. Januar. (Eig.) Infolge des Thronverzichtes des Prinzen Carol ist zwischen den Oppositionsparteien die Bildung einer Einheitsfront erfolgt. Die Bauernpartei und die Nationale Partei haben sich in Verhandlungen der letzten Tage so weit genähert, daß die Bildung eines Oppositionsblocks gegen die Regierung Bratianu bevorsteht. In einer Sitzung des Exekutivkomitees der Nationalen Partei hat Professor Vorga die Verständigung mit der Bauernpartei bekannt gegeben. Eine „demokratische Regierung der festen Hand“ sei nur auf Grund einer Koalition mit den Bauern möglich. „Ich bin ein treuer Anhänger meines Königs, aber ein rebellischer Unterthan des Monarchen Bratianu.“ sagte Vorga. Manu beschuldigte die Regierungspartei, die politische Defizienz des Landes verschuldet zu haben. Prof. Vorga ist nach Paris abgereist. Er teilte im „Adeverul“ mit, daß er im Frühjahr nach Bukarest zurückkehren werde.

Neuer Umschwung in China.

Nach Fung tritt auch Tschang Tso Lin ab.

London, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Peking wird gemeldet, daß der General Tschang Tso Lin durch starken diplomatischen Druck Japans genötigt worden ist, sein Kommando

erzählen. Da Windischgrätz selbst nicht über eigene Mittel in Ungarn verfügt, so ist die Bewunderung über sein Angebot doppelt groß.

Die Fälschung tschechischer Noten.

Prag, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die bei tschechisch-russischen Führern am Donnerstag und Freitag vorgenommenen Hausdurchsuchungen sollen zu interessanten Ergebnissen geführt haben. In dem Bureau des Zentralsekretärs der tschechisch-christlichsozialen Partei wurden große Mengen Dollars gefunden, ein früherer Oberst befand sich im Besitz eines Sparkassenbuchs über 150 000 tschechische Kronen. Die tschechischen Parteien sollen in Karpaten-Rußland ungeheure Ausgaben für ihre Organisationen gemacht haben, ohne irgendwelche Einnahmen verzeichnen zu können. Mitgliedsbeiträge wurden angeblich überhaupt nicht erhoben. Die Gehälter der Funktionäre seien nachweislich durch Vermittlung einer Bank des Senators Egrz und des Abgeordneten Korlat gezahlt worden. Als die Budapest Ständekassäre bekannt wurde, reiste Korlat sofort nach Ungarn. Er soll sich dort in Sarospatak, wo das Schloß des Prinzen Windischgrätz steht, aufhalten. Auch Egrz weilt in Ungarn. Die weiteren Untersuchungen ergaben u. a., daß der ungarische Wehrminister Glatt sich sehr für Korpaten-Rußland interessierte und wiederholt Besprechungen mit den tschechischen Parteien der Tschehoslowakei hatte. Die Blätter behaupten, daß unter Leitung des Grafen Bereny 60 000 tschechisch-slowakische 500-Kronen-Noten „fertiggestellt“ worden sind.

Die eigentliche Fälschung tschechischer Noten soll in drei Phasen, und zwar 1919 bis 1921, erfolgt sein. 1919 sind bereits in Wien große Mengen tschechisch-slowakischer Noten mit hervorragendem nachgeahmten Stempel in den Verkehr gelangt. Die Stempel zu diesen Fälschungen sind nach den bisherigen Feststellungen in ungeheuren Mengen aus Budapest bezogen worden. Ein Jahr später tauchten wieder gefälschte tschechisch-slowakische Hundertkronennoten auf. Sie wurden zu einem großen Teil unter Benutzung falscher Wägen in die Tschehoslowakei befördert und dort benutzt. Später soll es den Tätern gelungen sein, weitere Banknoten so hervorzuzaubern herzustellen, daß selbst der Verkehr mit Bankhäusern möglich wurde. Die Fälschungen sind angeblich in der ungarischen Lithographischen Gesellschaft auf Veranlassung der Budapest Propagandakanzlei hergestellt worden. Es handelt sich um 500-Kronen-Noten, die u. a. in Rumänien im Jahre 1920 vertrieben wurden. Als Haupt der Fälscherbande wird von den amtlichen tschechischen Stellen ein hoher Beamter im ungarischen Kriegsministerium benannt.

Ende Juni gelang es der Wiener Polizei, mehrere Personen bei dem Versuch zu verhaften, in Wiener Geschäftshäusern eine größere Menge dieser falschen Noten einzuwaschen. Unter ihnen befand sich auch der jetzt in Budapest verhaftete Professor Rezarsky. Als technische Hersteller wurden drei Personen, sämtlich aus Budapest stammend, festgestellt. Es gelang ihnen jedoch, nach Ungarn zu entfliehen. Auf Ersuchen der Wiener Polizei wurden sodann zwei Fälscher in der ungarischen Hauptstadt festgenommen. Die Untersuchung führte damals der jetzt in Haft befindliche Bundespolizeichef Radossy. Welch Wunder, wenn die Aktion plötzlich aus Mangel an Beweisen eingestellt wurde? Am 5. Juli 1921 berief Radossy die Pressevertreter zu sich und teilte ihnen mit, daß die Untersuchung ergebnislos geblieben sei und eingestellt wurde. Er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß jede öffentliche Erörterung dieser Angelegenheit die staatlichen Interessen schädigen könne. Auch das in Wien geführte Strafverfahren gegen Prof. Rezarsky wurde im Dezember 1921 eingestellt.

Was wird Beiland tun?

Paris, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Angelegenheit der ungarischen Fälschung französischer Banknoten hatte sich die französische Regierung bisher außerordentliche Zurückhaltung aufgelegt, obwohl die Meldungen über die Fälschungen in der öffentlichen Meinung Frankreichs Erregung auslösten. Nach zu Beginn dieser Woche hat die Regierung die Gerichte, die ihr die Absicht eines diplomatischen Aktion gegenüber Ungarn zuschrieben, kategorisch demontiert und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die ungarische Regierung in keinem direkten oder indirekten Zusammenhang mit der Angelegenheit stehe. Die Geständnisse der Verhafteten, durch die eine ganze Reihe höchstgestellter Persönlichkeiten, ja mehrere Mitglieder der ungarischen Regierung auf so starke Kompromittiert sind, dürften jedoch nicht ohne Rücksicht auf die Haltung Frankreichs bleiben. Im französischen auswärtigen Amt wurde am Freitag erklärt, daß wenn die neuesten Einzelheiten eine authentische Bestätigung erhalten sollten, die französische Regierung ernstlich den

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Ungarn.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Ungarn. ins Auge fassen müsse. Darüber hinaus wird bekannt, daß die tschechisch-slowakische Regierung in Paris offiziell als ihre Absicht bekanntgegeben hat, die Fälscherkassäre vor das Forum der Völkerbundes zu bringen und schärfste Sanktionen gegen Ungarn zu beantragen.

Uebrigens soll die französische Regierung bereits vor 1 1/2 Jahren durch Geheimberichte eines politischen Agenten von Vorbereitungen zur Fälschung französischer Banknoten Kenntnis erhalten haben. Die vom Fürsten Windischgrätz gemachte Aussage, daß er sich von dem Beispiel Bitts habe leiten lassen, der des Kampfes gegen die französische Revolution auch mit dem Mittel der Fälschung geföhrt habe, wird hier dahin ausgelegt, daß die ungarischen Nationalisten es offenbar darauf abgesehen hätten Frankreich durch einen starken Druck auf seine Währung innere Schwierigkeiten zu bereiten und es dadurch außerstande zu setzen, im Falle einer monarchistischen Restauration in Ungarn einzugreifen.

niederzulegen und jede politische Tätigkeit aufzugeben. Es soll damit erreicht werden, daß eine Zivilregierung in China herrschen kann. Der Reichsverweser Tuan-Tsching-Jui hat am Donnerstag abend an die einzelnen Provinzen ein Rundtelegramm geschickt, in welchem auch er seinen Rücktritt zum 15. Januar ankündigt, um die Regierungsgewalt dem chinesischen Kabinett zu übergeben. Dadurch ist jetzt der Boden für eine parlamentarische Regierung in China vorläufig geobnet. Die Mächte sollen sich auf bereitwillig haben, eine Zivilregierung durch finanzielle Beihilfe zu unterstützen, ebenso sollen sie bereits den Verzicht auf die Sonderrechte der Fremden in China zugesichert haben.

Der Mordprozess vor dem Schwurgericht München, der nach 6 1/2 Jahren endlich die Sühne für die grundlose und bestialische Erschießung der 12 Berliner Arbeiter am 6. Mai 1919 im Münchener Hofbrauhauskeller bringen soll, beginnt am Mittwoch, den 13. Januar. Angeklagt sind die ehemaligen Angehörigen des Freikorps Lühom, der verheiratete Kaufmann und Leutnant der Reserve Georg Bötzing, Tellow-Berlin, und der verheiratete Kaufmann und ehemalige Feldwebel Erich Präfert, Berlin. Die Erschießung wurde von einer Abteilung des Freikorps Lühom unter dem Kommando Präferts ausgeführt, den Befehl dazu hatte Bötzing gegeben. Die Anklage lautet auf Verbrechen des zweiseitigen Mordes. Präfert wird von Rechtsanwalt Dr. Bendorf-München, Bötzing von Anwalt Dr. Wisberg, Berlin, verteidigt. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt bis jetzt rund 70.

Schafft Arbeit!

Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsbeschaffung.

Das Zentralproblem einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Beschaffung von Arbeit. Die Unterstützung soll nur seine Arbeitsfähigkeit erhalten. Daraus ergibt sich aber auch, von welcher entscheidender Bedeutung eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung ist.

Die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Wirtschaftspolitik betonen deshalb mit allem Nachdruck, daß die Sozialpolitik, vor allem in der Form einer über das heutige Maß erheblich hinausgehende Arbeitslosenunterstützung eine ganz überragende Bedeutung hat. Sie ist nicht nur als eine Wohlfahrtsmaßnahme, sondern in erster Linie als eine produktionspolitische Maßnahme zu betrachten, eine soziale und ökonomische Schuldverpflichtung, mit der eine Wirtschaft sich das Recht ihres Aufstiegs erkauft.

Wenn wir immer wieder auf diesen entscheidenden Zusammenhang hinweisen, so deshalb, weil es an dieser Erkenntnis leider in weitem Umfang noch fehlt. In den nächsten Tagen wird der Kampf um die von uns geforderte Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wieder scharf entbrennen. Der Soziale Ausschuss des Reichstags wird am Montag zusammentreten. Mit allem Nachdruck wird sich die sozialdemokratische Fraktion für die Verwirklichung ihrer Forderungen einsetzen. Daß der Kampf ein schwerer sein wird, haben die letzten Auseinandersetzungen und das Verhalten der bürgerlichen Parteien wie der Reichsregierung gezeigt.

Doch es kommt nicht nur allein auf die dringend notwendige Erhöhung der Unterstützung und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen einer gerechten Lastenverteilung an. Noch wichtiger sind jene Maßnahmen, deren Ziel die Behebung der Arbeitslosigkeit durch

Beschaffung von Arbeit

ist. Das ist eine Frage der Organisation der Produktion. So unbestreitbar es ist, daß das Arbeitslosenproblem unlösbar mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden ist, darf diese Feststellung doch nicht zur Letztlosigkeit führen. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Wirtschaftspolitik sehen deshalb als Notmaßnahme die Organisation umfangreicher produktiver Erwerbslosenfürsorge vor und fordern darüber hinaus eine auf weite Sicht angelegte Wirtschaftspolitik.

Der in Zeiten gewaltiger Arbeitslosigkeit am stärksten zutage tretende Widerspruch kapitalistischen Produzierens und des Nachdenkens über diesen Widerspruch wird wesentlich dazu beitragen, die Kräfte für die Ueberwindung dieses unerträglichen sozialen Zustandes freizumachen. Auch dem Einzelnen wird klar, daß ein Wirtschaftssystem am Ende seines Vateins ist, wenn auf der einen Seite Millionen nicht über die notwendige Nahrung und Kleidung verfügen und auf der anderen Seite ein ungeheures Arbeitslosenheer besteht, dessen Arbeitsleistung notwendig ist, um die Lebenshaltung erträglich zu gestalten.

Es ist eine alte Erfahrung, daß Zeiten der Arbeitslosigkeit

Zeiten der Demoralisation

sind. Auf dem Arbeitslosen lastet nicht nur die große Sorge, wie er den notwendigen Lebensunterhalt für sich und die Seinen bestreiten kann, er ist auch einem ungeheuren seelischen Druck ausgelegt. Diese Begleiterscheinungen können nur durch Arbeitsbeschaffung wirksam bekämpft werden.

Die Organisation umfangreichster produktiver Notstandsmaßnahmen steht hier an erster Stelle. Reich, Länder und Gemeinden müssen gerade in dieser Zeit zurückgestellt und geplante Arbeiten in Angriff nehmen; Reichsbahn und Reichspost müssen das gleiche tun. Die Durchführung wichtiger Kanalbauten und Bodenverbesserungsarbeiten vermögen eine erhebliche Anzahl von Arbeitskräften zu beschäftigen. Allerdings sollten diese Arbeiten nicht in dem bisherigen Sinne der produktiven Erwerbslosenfürsorge organisiert werden. Durch diese Form wird sowohl die Mittelabbringung in erheblichem Umfang beschränkt wie auch die Arbeitsleistung in unerwünschter Weise beeinträchtigt.

Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge bestimmt in ihrem § 32, daß der Reichsarbeitsminister zur Unterstützung von Maßnahmen, die geeignet sind, den Abbau der Erwerbslosenfürsorge zu fördern, insbesondere zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen, Darlehen oder Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bewilligen kann. Die Darlehen und Zuschüsse bestimmen sich in ihrer Höhe nach der Zahl der Personen, die durch diese Maßnahmen der Erwerbslosenfürsorge entzogen oder ferngehalten werden. Die Bewilligung von Reichsmitteln verpflichtet das Land, den gleichen Betrag aus eigenen Mitteln zur Unterstützung von Maßnahmen aufzuwenden, die geeignet sind, den Abbau der Erwerbslosenfürsorge zu fördern. In den Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten, die zu diesen Vorschriften erlassen wurden, heißt es, daß die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten eine Form der Erwerbslosenfürsorge ist, aber als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung und als Beschäftigungsverhältnis im Sinne des Einkommensteuergesetzes gilt. An Stelle der Erwerbslosenunterstützung erhalten die Notstandsarbeiter eine Vergütung, die der Leistung anzupassen ist. Aus dieser Konstruktion des Notstandsarbeiterverhältnisses ergibt sich, daß es

kein freies Arbeitsverhältnis,

sondern eine Form der Erwerbslosenfürsorge ist und daß die Beschäftigung auf die Unterstützungsdauer an gerechnet wird. Die Bezahlung erfolgt nicht unter allen Umständen nach den geltenden Tarifverträgen. Davon ist ausdrücklich abgesehen worden, um den Anreiz des Notstandsarbeiters zu verstärken, sich immer wieder nach einem freien Arbeitsverhältnis umzusehen.

Es ist notwendig, das Notstandsarbeiterverhältnis in ein freies Arbeitsverhältnis unter Sicherung ausreichender tariflicher Bezahlung umzuwandeln und die Finanzierung der Notstandsarbeiten nicht zu beschränken auf Darlehen oder Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Erst wenn diese Begrenzung fällt, kann in ausreichendem Umfang produktive Arbeitslosenhilfe organisiert werden.

Arbeitsbeschaffung in erheblichem Umfang läßt sich auch durch eine planvolle Förderung der Bauwirtschaft in Frage. Unsere Richtlinien fordern zu diesem Zweck volle Verwendung des Ertrags der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau. Eine starke Belebung des Baumarktes würde zwangsläufig vielen anderen damit in Verbindung stehenden Gewerbezweigen Arbeitsmöglichkeiten verschaffen.

Die Länder könnten insbesondere durch eine großzügige Produktivierung große Flächen des deutschen Bodens der landwirtschaftlichen Bewässerung erschließen. Auch der Waldbesitz der Länder bietet die Möglichkeit, neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Gemeinden müssen in dieser Zeit der Not ebenfalls die zur-

gestellten und geplanten Arbeiten schleunigst in Angriff nehmen lassen. Durch das Reichsausgleichsgesetz sind allerdings den Gemeinden große Einnahmen entzogen worden. Nicht genug damit, wurde auch den Gemeinden die

Ausnahme von Auslandskrediten

ungeheuer erschwert. Es muß mit allem Nachdruck einmal darauf hingewiesen werden, daß dabei der Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine geradezu verhängnisvolle Rolle spielt. Sein Verhalten führt praktisch zu einer Verschärfung der Arbeitslosenkrisis. Schacht vollstreckt bereits, im Grunde genommen, was nach dieser Richtung hin die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ fordert.

Reich, Länder und Gemeinden können jedoch nur dann die ihnen obliegenden Aufgaben zur Lösung der Arbeitslosenkrisis erfüllen, wenn ihnen die ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb ist gerade der umgekehrte Weg, wie ihn Schacht geht und die Denkschrift des Reichsverbandes fordert, der richtige. Auch hier handelt es sich, wie es in unseren Richtlinien heißt, um eine soziale und ökonomische Schuldverpflichtung, mit der eine ausblühende Wirtschaft sich das Recht ihres ungehemmten Aufstiegs erkauft. Daß dieser Weg beschritten wird, dafür werden wir uns mit aller Entschiedenheit einsetzen.

Entlassungen und Ueberstunden.

Dazu Gehalts- und Lohnkürzungen.

Seit zwei Jahren ist die Arbeitsmarktlage für Angestellte, und zwar besonders für kaufmännische und Bureauangestellte, außerordentlich schlecht. In den letzten Wochen hat sich die Krise verschärft. Es sind soviel Kündigungen und Entlassungen vorgenommen worden, daß die Zahl der Stellenlosen, die nach der Erhebung am 16. Juli rund 67 000 betrug, die Ziffer von 100 000 weit übersteigen dürfte. Die Ursachen der Kündigungen und Entlassungen einer großen Zahl von Angestellten liegen sicher zum Teil in den außerordentlichen schwierigen Geldverhältnissen und in dem Mangel an Kaufkraft, der herbeigeführt ist durch eine falsche Lohnpolitik der Unternehmer. Darüber hinaus aber ist der Eindruck nicht wegzuschlagen, daß über das Maß des Notwendigen hinaus Kündigungen und Entlassungen vorgenommen worden sind zur Erreichung eines bestimmten Zieles. Dieses Ziel der Unternehmer besteht in der Sabotage des Tarifvertrages, der Herabdrückung der Gehälter und einer Verlängerung der Arbeitszeit.

Anders ist es nicht zu erklären, wenn z. B. durch die Maschinenfabrik Esslingen nach Kündigung sämtlicher Angestellten den einzelnen ein Revers zur Unterschrift vorgelegt wurde, wonach sie ab Januar weiter beschäftigt werden können, wenn sie sich damit einverstanden erklären, daß die Arbeitszeit auf 24 Stunden die Woche herabgesetzt und das Gehalt auf die Hälfte der bisherigen Höhe bemessen wird. Dafür sollen allerdings bis zu 54 Ueberstunden in der Woche zulässig sein, die mit 1 Proz. des gekürzten Monatsgehalts bezahlt werden sollen. Das ist nichts anderes, als eine in verschleiierter Form vorgenommene Gehaltskürzung.

Die Zwickauer Maschinenfabrik in Niederschöna hat von ihren etwa 100 Angestellten zum 31. Dezember 50 gekündigt, mit den übrigen eine vierwöchige Kündigung vereinbart und die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit werden sechs Arbeitskräfte gespart. Außerdem sind alle über das Tarifgehalt hinausgehenden Leistungszulagen abgebaut worden.

Auch die Firma Drenstein u. Koppel hat in ihrem Betrieb eine nicht unwesentliche Einschränkung der Belegschaftstärke sowohl der Arbeiter, als auch der Angestellten vorgenommen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not scheut man sich nicht, Angestellten, die jahrzehntelang im Betrieb tätig gewesen sind und der Firma ihre beste Arbeitskraft geopfert haben, wesentliche Gehaltskürzungen zuzumuten. Andere Angestellte hat man mit Abfindungen in Höhe des Durchschnittes von vier Monatsgehältern aus dem Betrieb entfernt. In der Zentrale der genannten Firma erfolgen Monat für Monat noch weitere Kündigungen. Dieser Abbau hält allerdings die Firma nicht ab, in den einzelnen Werken die Leistungen von Ueberstunden in erheblichem Umfang anzuordnen.

Die Dalmier-Werke Untertürkheim kündigten kürzlich 200, die Dalmier-Werke Sindelfingen 250 Angestellten. Zu gleicher Zeit wurden in Untertürkheim die Gehälter auf den Mindesttariffsatz herabgesetzt. Soweit die Leistungszulagen 30 Proz. des Gehalts übersteigen, wird ein 30prozentiger Gehaltsabzug vorgenommen.

Die Firma Schick A.-G., Düsseldorf, hat ihren 180 Angestellten das Ansuchen gestellt, entweder zum 31. Dezember gekündigt zu werden oder aber ab 1. Januar 1926 mit Arbeitsfreudung und Gehaltskürzung von 50 Proz. einverstanden zu sein.

Auch aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß mehrere Firmen dazu übergegangen sind, sämtliche Angestellten zum Januar zu kündigen und die Weiterbeschäftigung davon abhängig zu machen, daß die Angestellten für 60 Proz. ihres bisherigen Gehalts weiterarbeiten.

Das sind einige Ausschnitte aus der Fülle des Materials, das zur Verfügung steht, die aber wohl zur Genüge beweisen, daß die gegenwärtige Krise in erster Linie dazu benutzt wird, die Arbeitsbedingungen herabzudrücken und vor allen Dingen eine wesentliche Herabsetzung der Gehaltsbezüge vorzunehmen. Demgegenüber ist es Willkür der noch in den Betrieben tätigen Angestellten, sich durch Zusammenstoß in der Betriebsorganisation, dem Zentralverband der Angestellten, gegen diese Willkür zu wehren zu sehen.

Hoerde, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Werkleitung der Wöhring-Werke beabsichtigt, das am 5. Dezember stillgelegte Stahlwalzwerk am 1. Februar wieder in Betrieb zu nehmen. Um das Werk „rentabel“ zu gestalten, will die Leitung die Belegschaft stark herabsetzen und bei der Wiedereinstellung eine Lohnreduzierung um 15 Proz. vornehmen. Die vom Betriebsrat einberufene Belegschaftsversammlung hat die Wiederaufnahme der Arbeit unter diesen Umständen abgelehnt. Die Werkleitung sucht infolgedessen durch Vermittlung der Arbeitsnachweise geeignete Kräfte. Die Betriebe des Thomas-Martinswerks, des Blochwalzwerks, des Reinwalzwerks und des Hammer-Werks sollen am 11. Januar wieder ausgenommen werden.

50 000 Arbeitslose in Hamburg.

Hamburg, 8. Januar. (Mith.) Nach den Feststellungen des Arbeitsamtes erreicht die Arbeitslosenziffer im hamburgischen Staatsgebiet in dieser Woche die höchste Ziffer von 50 000; darunter befinden sich allein 10 000 kaufmännische Angestellte. Nur in wenigen Berufszweigen besteht größere Nachfrage nach Arbeitskräften. Zufriedenstellend ist die Beschäftigung im Hamburger Hafen. Die sogenannten Kartenleute sind alle beschäftigt, gleichfalls alle unständigen Arbeiter, die von den Arbeitsnachweisen kommen. Auch auf den Werften haben sich die Verhältnisse etwas gehellt, da inzwischen einige neue Schiffe in Auftrag gegeben worden sind und die Herstellung der auf Kiel liegenden beschleunigt wird. Auf der Reiherschlagwerft sind die Arbeiten an den noch nicht abgelieferten Horn dampfern im Gange. Am

1. Februar wird mit weiteren Arbeiterereignissen gerechnet, falls nicht durch den Streit zwischen Verwaltung und Opposition eine Verzögerung der beschlossenen Fusion eintritt.

Nähezu 40 000 in Köln.

Köln, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitsmarktlage in Köln hat sich seit Ende Dezember weiter in katastrophaler Weise verschärft. Bis zum 8. Januar waren bei dem Kölner Arbeitsnachweis 38 240 Arbeitslose gemeldet. Davon waren 32 491 männliche, 22 331 Personen sind Vermittlungsempfänger. Die meisten Arbeitslosen entfallen auf das Metallgewerbe, dann folgen Holzgewerbe und Kaufleute. Bemerkenswert ist, daß der Wegzug zu früheren Krisenperioden diesmal der Zugang an geleerten Arbeitern besonders groß ist. Man rechnet allerdings in mehrgedehnten Kölner Wirtschaftskreisen mit einer langsamen Besserung der Lage. Die Neuanmeldung von arbeitslos werdenden Personen hat gegen Mitte Dezember erheblich nachgelassen.

Neuer Tarifvertrag im Versicherungsgetriebe.

Der Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Abstimmung unter den Mitgliedern des VdA über die beiden Schiedsprüche vom 19. Dezember 1925, mit denen bekanntlich den Parteien ein neuer Reichstariftarifvertrag für das Jahr 1926 und eine Erhöhung der Gehälter ab 1. Januar um 4 Proz. vorgeschlagen wurde, ergab eine überwiegende Mehrheit für die Annahme beider Schiedsprüche. Die anderen beiden am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften haben ebenfalls dem Schiedsprüchen zugestimmt.

Vom Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen erfolgte gleichfalls die Zustimmung mit dem Vorbehalt, daß die vom Vorsitzenden, Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. Königberger, im Schiedsverfahren in Aussicht genommene Festlegung des genauen Vorkaufes der neuen Tarifbestimmungen erfolgt.

Geplanter Wagenabbau in den Theatern.

Der Verband Berliner Bühnenleiter ist vor einiger Zeit an die Berliner Obleute der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger mit einem Schreiben herantreten, das einen allgemeinen Wagenabbau verlangte. In dem Antwortschreiben der Obleute heißt es:

Die Mitglieder lehnen es ab, von ihren vertraglichen Rechten abzugehen, sie betonen jedoch ausdrücklich, daß aus dieser Ablehnung keineswegs eine geringere Verbundenheit mit dem Schicksal des Berliner Theaters und darüber hinaus mit dem Theater des Reichs gefolgert werden darf, als die Berliner Theaterleiter sie für sich in Anspruch nehmen.

Die Schauspieler bedauern auf das tiefste, daß die Möglichkeit, sich über die augenblickliche, unfehlbar schwierige Situation vertrauensvoll auseinanderzusetzen, nicht gegeben ist. Ein großer Teil der unerquidlichen Verhältnisse im Berliner Theaterleben ist von den Direktoren selbst unter dem steten Widerspruch der Schauspieler und ihrer Vertretung geschaffen worden. Der Verfall des Ensembles, die kurzfristigen Engagements, die unerträglichen Theaterpachten, die durch den Kettenhandel der Theaterhäuser geschaffen wurden, die ungeliebte Preispolitik und die damit verbundene Verfall des Publikums, die verderbliche Konkurrenzbildung und, nicht zuletzt, ein schon vollzogener Abbau der Mittelgagen, das sind Tatsachen, die die Schauspieler in ihren „vitalen Interessen“ getroffen haben. Darüber hinaus ist es den Mitgliedern der Bühnen bekannt, daß ein steter Kampf gegen ihr tariflich festgelegtes Arbeitsrecht von der Zentrale der Theaterleiter geführt wird, der die darin enthaltenen Ertragskürzungen illusorisch machen soll.

Tarifverlängerung für Handelsarbeiter im Einzelhandel.

Die Funktionäre der Handelsarbeiter im Einzelhandel beschäftigten sich in einer Vertrauensmännerversammlung mit dem Ablauf des Lohnstariffes. Vollmeier vom Deutschen Verkehrs- und berichte über die Lohnverhandlungen mit der Einzelhandels-gemeinschaft.

Die Forderung der Arbeiter die Löhne um 10 Proz. zu erhöhen, erwiderten die Arbeitgeber mit der Drohung, einen Lohnabbau vorzunehmen. Nachdem die beiderseitigen Kommissionen sich mehrere Male zu Sonderberatungen zurückgezogen hatten und kein Ergebnis erzielt wurde, sollten die Verhandlungen auf einen späteren Termin vertagt werden. Auch die eventuellen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss erklärten die Unternehmer absichtlich hinaus-zögern zu wollen, um den beabsichtigten Lohnabbau durchzuführen. Nach mehrstündiger Verhandlung kam es zu einer Verständigung, und zwar dahingehend, den Tarif bis zum 2. April 1926 zu verlängern.

Die Funktionärsversammlung stimmte nach einer lebhaften Diskussion der Tarifverlängerung zu.

Tarifbruch und Aussperrung bei Max Tack.

Die Firma Max Tack, Schuhfabrik in Strausberg, hat im November 1925 ihre Belegschaft zum zweiten Male um je 80 Arbeiter vermindert. Um die volle Sanierung ihres Betriebes herbeizuführen, offerierte die Firma der verbliebenen Belegschaft von 120 Personen eine allgemeine Lohnkürzung der meisten Zeitlöhne und fast aller Akkordsätze. Bei diesen neuen Akkordtariff hat die Firma gründliche Arbeit geleistet. Von 540 Positionen betragen die Kürzungen bei 132 Pos. unter 10 Proz., bei 206 Pos. 10 bis 20 Proz. und bei 202 Pos. 20 Proz. und darüber bis zu 50 Proz., in einem Falle sogar 70 Proz. Leider hatte die Arbeiterschaft für diese Art Sanierung nicht das richtige Verständnis, sie lehnte diese abnorme Lohnkürzung ab. Die Firma hat daher am Mittwoch ihre gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt und hofft wahrscheinlich unter den Arbeitslosen Erfolge zu finden. Diese Handlung der Firma ist umso verwerflicher, als sie an die Bestimmungen des Reichstariftariffvertrages der Schuhindustrie gebunden ist. Die entscheidenden Paragraphen verpflichten die Vertragskontrahenten, alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis den tariflichen Instanzen zur Entscheidung zu überweisen und weder Streiks noch Aussperrungen vorzunehmen. Zentralverband der Schuhmacher, Bezirksverwaltung Berlin.

Internationale Bekleidungsarbeiter-Föderation.

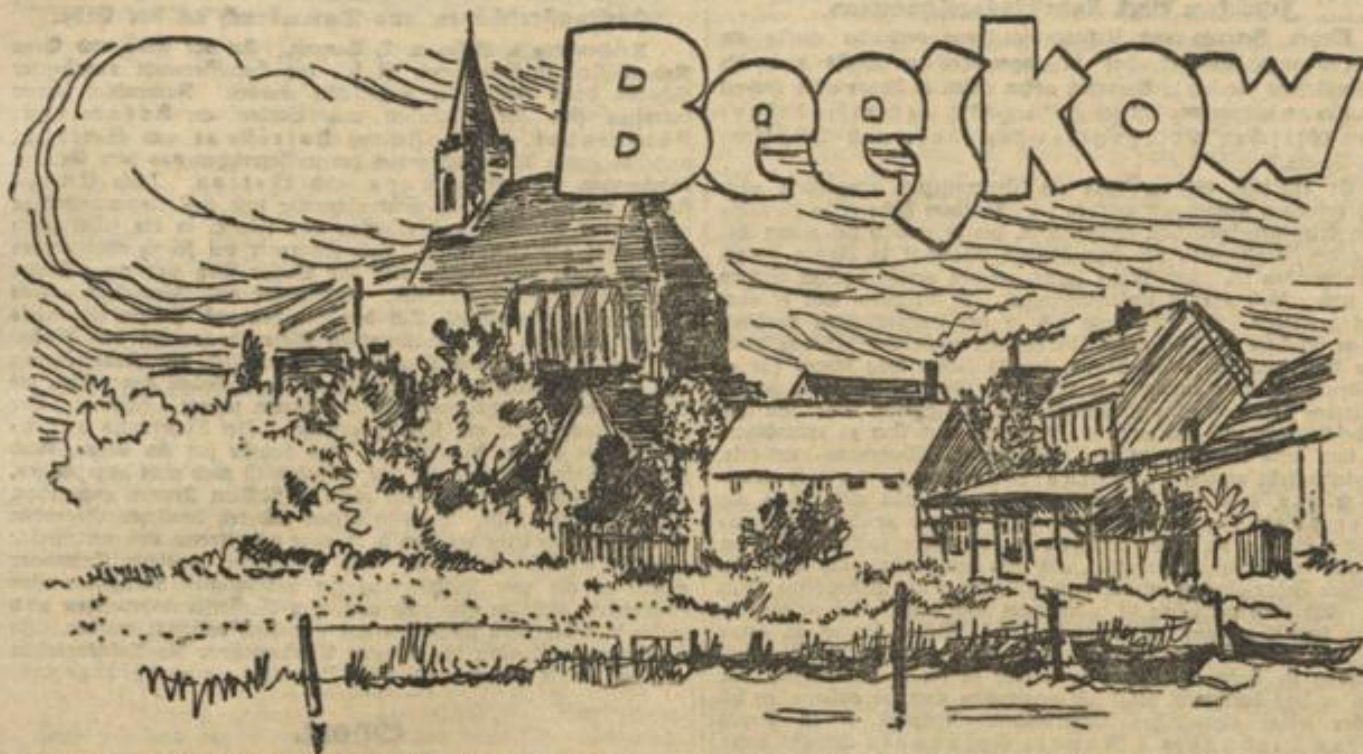
(300.) Der 1400 Mitglieder zählende norwegische Schneiderverband hat beschlossen, sich 1. Januar 1926 der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation anzuschließen. Dieser Entscheidung ging eine Urabstimmung voraus, bei der sich die übergroße Mehrheit der Mitglieder zugunsten des Anschlusses ausdrückte.

In der Hochschule für Politik (Schinkelplatz 6) wird am 18. Januar, abends 7 Uhr, der Vortragsvorleser von Prof. Dr. Julius Hirsch über „Moderne Industrie-probleme“ fortgesetzt. Diese Vorträge sind besonders wichtig für Gewerkschafts-funktionäre, Betriebsräte usw. Wer an diesem Anlauf teilnehmen will, kann durch den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, einen Ausweis erhalten, der zum unentgeltlichen Besuch dieser Vorlesung berechtigt.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Salzenau; Gewerkschaftsbewegung: Reich; Kultur: Reuter; Dr. John Schilowski; Politik und Konflikte: Fritz Reuter; Verwaltung: Dr. Hildebrandt; in Berlin, Berlin: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Dienstag 2. Februar und „Unterhaltung und Wissen“.

Wohlbund in allen Apotheken
für Sänger, Sportleute, Raucher

Wie märkische Kleinstädte aussehen.



Die Spreestadt Beestow, Sitz des Kreisamts Beestow-Storkow, hat vor den meisten märkischen Kleinstädten eins voraus: sie lebt in der Literatur fort als Mittelpunkt der Lebensschilderung des Südfranzosen Rouanet, den die Leser der Fontaneschen Remolirenbücher als den Großvater der Frau unseres märkischen Wanderers kennen. Ehe wir aber den langjährigen Stadtkämmerer und seine Taten in der Napoleonzeit würdigen, sei der Lage des Ortes, seiner Geschichte und seiner modernen Entwicklung gedacht. Die Lage Beestows zwischen den an Hauptbahnen liegenden Spreestädten Fürstenwalde und Lübben sichert der Stadt eine bequeme Verbindung, die aber leider den Uebelstand alten märkischen Seitenverkehrs hat: Spärlichkeit und Langsamkeit. Man erreicht Beestow auf drei Linien, deren jede ihren eigenen Bahnhof besitzt: von Fürstenwalde, Königs-Wusterhausen und von Lübben her — aber 3 bis 4 Stunden gehen, je nach dem Berliner Wohnort des Besuchers, auf die einzelne Fahrt

drauf, und so hält sich der Verkehr in mäßigen Grenzen, trotzdem Sonntagsfahrten ausliegen. Für den Ruderer, der Zeit hat, bietet der Wasserweg von Fürstenwalde eine sehr lohnende Fahrt — die Spreelandschaft zeigt oberhalb Fürstenwalde einen freundlichen Charakter in der Mischung von Saub- und Kadelwald; zudem bietet der Schiffsverkehr auf der diegewundenen Spree und das Schifferdorf Reubrück mannigfache Abwechslung.

Stadtgeschichte.

Die Bischöfe von Lebus, die seit 1385 in Fürstenwalde ihre Residenz hatten, waren 1518 in den Besitz von Storkow und Beestow gekommen. Sie wußten den von hohen Mauern, Türmen und Wallgraben auf der Landseite und durch die Burg auf der Spreeinsel gut geschützten Ort als wertvolles Glied ihrer Nachstellung zu schätzen. Das von Feuer im 15. Jahrhundert verheerte starke Schloß fand durch sie eine Erneuerung, von der das bei neuzeitlichen Umbauten aufgedeckte doppelte Mauerwerk noch Zeugnis ablegt. Beestow hatte infolge seiner frühzeitig (1185) erlangten Stadtrechte eine kaufmännlich bedeutsame Stellung erlangt; es lag im Schnittpunkt jener mitteldeutschen Handelsstraßen, die Norden und Süden, Osten und Westen verbanden. Die Lebuser Bischöfe sollten sich nicht lange ihres Besitzes erfreuen: die Reformation entkleidete sie ihrer weltlichen Nachstellung; 1554 starb der letzte katholische Bischof Johann VIII. und ein Jahr später wurde das Land Beestow-Storkow an Brandenburg angegliedert. Das Schloß wurde zum „Amt“ und tut als solches noch heute teilweise Dienst; der Wegweiser „Finanzamt“ wird auch ohne spezielle „Seuzgerbrüde“ manches Herz beim Aufstieg zur Burg bekommen machen. Die allen wehrhaften Mauern der Stadt hatten mit der Einführung der Kanone in die Kriegskunst ihre Bedeutung verloren; ihre Erhaltung ist vom materiellen Standpunkt aus freudig zu begrüßen. Daß die Kriegsmärche der napoleonischen Armeen 1806 und 1812/13 wenn auch nicht materiell zerstört, so doch den Wohlstand vernichtend gewirkt haben, lehren die Aufzeichnungen Rouanets. Eine neue Zeit ist für Beestow augenscheinlich infolge nicht angebrochen, als der Zuschnitt des ganzen kleinbürgerlichen Milieus sich stark konservativ

zeigt: kein Wunder daher, daß das alte Provilantamt — in der Stadt liegen zwei Schwadronen der Reichswehr — sich noch als „Igl.“ preußisch präsentiert und daß Verfassungsfeiern und dergleichen Feste mit schlauren Ritenen abgehalten werden. Die Aufdringlichkeit eines völlig-brutalen Egoismus, die man in manchen märkischen Landstädtchen beobachten kann, fehlt jedoch — es scheint, als ob das „mondäne“ Treiben an der „märkischen Riviera“ (bürgerlich Scharmühssee genannt) auch schon nach hier einige Fühlhörner ausgefressen hat.

Im Banne der Marienkirche.

Wo immer man die Augen aufschlägt, steht die hochragende Stadtkirche vor einem. Schon vom Zuge aus erblickt man den massigen Turm, der sich aber, da er nicht vollendet wurde, nicht allzu hoch über Schiff und Chor erhebt. Schiffhöhe ist 56 Meter, Turmhöhe 75 Meter. Man hat erst in jüngster Zeit, 1905, das späte Hüfchen auf den Turm gesetzt, der wohl in stände wäre, eine 100-Meter-Spitze, wie der Königsberger in der Neumark, zu tragen. Aber auch so, wie sie jetzt dasteht, zählt die Beestower Kirche zu den stattlichsten märkischen Dauten; einfach in den gotischen Formen, wirkt sie durch die großen Verhältnisse. Im Innern tragen starke Pfeiler die Gewölbe des Mittelschiffes und der beiden Seitenschiffe, die aus dem 13. Jahrhundert stammen. Später hat man an der Südseite noch ein Seitenschiff angefügt. Von den weißen Wänden und Säulen heben sich die reich dekorierte, von einer Rosette getragene Holzkanzel und der hohe Renaissancealtar (1585) mit dem eingefügten gotischen Flügelaltar gut ab; an der einen Seite befinden sich Gedentafeln für die Gefallenen mit einem Kranzschmuck des Verbandes der Kriegesbeschädigten mit schwarzrotgoldener Schleife. Hinter dem Altar ist eine Kreuzigung mit überlebensgroßen Figuren aufgestellt; es sind dies die Figuren, die Fontane in seinem Reisebericht von Beestow nach Koffenblatt als „wegen Unschönheit“ in einen Seitenraum geschafft verzeichnet. Von der Kirche zur Spree und zum „Amt“ sind nur wenige Schritte. Man passiert eine kleine Brücke; hier liegen die Fischerboote — nicht umsonst zeigt das Stadtwappen an neu hergerichteten Rathaus auf einer Seite drei Silberfische im roten Felde. Unten steigt ein Fußweg zur „Burg“ empor; der geräumige Hof hat einen Mittelpunkt im stattlichen „Amtsturm“. Hinter dem Amt folgt dann die große Spreebrücke, und der Blick schweift ungehindert in die Ferne: die Spree ist hier kein abler Fluß, dem Spreewaldgewirr entronnen, trägt er hier zum Verkehr von der Ober nach der Reichshauptstadt bei. Zur Linken zeichnet sich am Horizont die schlanke Silhouette der Eisenbahnbrücke ab. Zum weitläufigen Markt zurückkehrend, gehen wir, die vom Bahnhof her durch die ganze Stadt sich hinziehende Hauptverkehrsstraße nach links einschlagend, zum runden Cusaner Torturm, der bequemen Eintritt in die an der Stadtmauer sich hinziehenden Anlage bietet. Mächtige Feldsteine bilden die hohe Mauer, die durch die Höhenbifferenz zu den im Grunde angelegten Promenadenwegen noch ge-



Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Sie sahte sich ein Herz, einen bittenden Blick hob sie zu ihrem Professor auf, sie flüsterte: „Einen Augenblick, Herr Professor, nur einen Augenblick noch! Ich möchte Sie gern etwas fragen, aber“ — schau sah sie nach den anwesenden Herren; eine fliegende Röte huschte über ihr blaßes Gesicht. „Einen Augenblick, meine Herren“, sagte etwas vermundert der Professor. „Nun, Wiltowski?“

Jetzt waren sie allein. Und Eva, sich ein Herz fassend, alle Angst und Scheu überwindend — und beide waren jetzt größer als damals, da sie sich in die Tiefe stürzte — sprach kurz und mit dem Mut, den die höchste Willensanstrengung gibt, jedes Wort herausstehend: „Was fehlt mir?“

„Wiltowski!“ Dem Professor fuhr ihr Name unwillkürlich heraus. Er war aufs höchste überrascht: was, das wußte die nicht? Zu dumm, dachte er bei sich. Als Mensch fühlte er Mitleid, aber als Arzt nahm er die Sache so tragisch nicht. „Sie haben hereditäre Sphylis“, sagte er trocken, ganz sachlich. „Erbtät.“ Er hatte noch einiges sagen wollen, aber er stockte. Wie ein Blitz war es aufgeleuchtet in den schwach-sichtigen Augen, ein solches Entsetzen, daß es ihm auf einmal kam: hier fiel ein großer Jammer auf eine arme junge Seele.

„Neue Heilmittel werden gesucht und auch gefunden. Unablässig wird weiter geforscht und gearbeitet, gerade auf diesem Gebiet. Verlieren Sie nur den Mut nicht!“ Er gab ihr die Hand. „Übrigens: ansteckend ist Ihre Erkrankung nicht.“

20.

Stefan Wiltowski war bei Frau Bessel gewesen. Er hatte gebeten, sie aufsuchen zu dürfen. Es handelte sich um Eva. Als das Hausmädchen im weißen Häubchen wieder die Haustür hinter ihm geschlossen hatte, und er nun an den Beeten mit Krotus und Hyazinthen vorüber dem Gartenausgang zuschritt, ohne diese Frühlingssprache zu sehen, fühlte er sich etwas erleichtert. Aber es war ihm heiß geworden. Er fuhr sich mit dem Taschentuch über die Stirn. In seinem schwarzen Rock, den er nur bei feierlichen Gelegenheiten trug, im steifgestärkten, blendend weißen Hemd, die Perlenkette, die ihm Irma, der es jetzt ganz ausgezeichnet ging, zu Weihnachten geschenkt hatte, im Schilps, hatte er dagestanden, ganz seiner Herr, der in diese seine Umgebung paßte, und

fühlte sich doch wie ein armer Sünder. Er fühlte sich tief gedemütigt, in der eigenen Ehre verletzt, daß diese unglückliche Eva seine Rechte war. Es war selbst gegen seine verstorbenen Schwester ein Groß in ihm aufgestiegen: warum hatte die sich mit solchem Subjekt eingelassen? Daß Eva belastet war, wußte er schon seit ihrem vorigen Aufenthalt in der Charité, er hatte es für sich behalten; nun aber wußte es seine Frau.

Frau Ella hatte den Brief, den Eva kürzlich an den Onkel geschrieben hatte, gelesen. Also darum, darum dies ewige Kranksein, dies Augen- und Ohrenleiden, diese Selbstsucht, all diese Defekte, deren die Mädchen Gott weiß was für welche hatte! Frau Ella war außer sich: „Was, so was! Wir darf sie nicht mehr ins Haus. Ich danke dafür. Und ich Duffel habe sie noch Gretchen empfohlen für den kleinen Felix! Rein so was! Solch eine Schandbel!“ Frau Ella hätte nicht empörter sein können, wenn Eva sich durch eigenes Verschulden dies Leiden zugezogen hätte.

Vergebens hatte Wiltowski versucht, seine Frau zu beruhigen: „es war eben ein Unglück“. Aber darin hatte sie ja recht, eine Schande war es auch. Und doch, wenn Eva nun aus der Charité entlassen wurde und seine Frau sie nicht aufnehmen wollte, wußte er keinen anderen Ausweg, als sich an Frau Bessel zu wenden, dieser alles zu offenbaren. Diese gütige Dame mußte er bitten, daß sie ihre Hand von dem unglückseligen Geschöpf nicht ganz abzog.

Frau Bessel war ebenso entsetzt wie Frau Ella. Es äußerte sich bei ihr nur nicht in so vielen Worten. Also darum, also darum hatte sie bei Eva immer das Gefühl gehabt: nicht zu nah, nicht zu nah, keinen Ruh! Ihr Gesicht war ganz blaß geworden bei der stotternden Rede, dem stohweise hervorgebrachten Bekenntnis des Herrn Wiltowski. Eigentlich wären ja Evas Verwandte näher verpflichtet gewesen, als sie — was ging sie eigentlich dieses Mädchen an, dachte sie bei sich — aber sie hegte keine günstige Meinung von diesen Verwandten. Dieser Onkel, der da schwiegend und stotternd vor ihr stand, die Hände trampschaft wieder auseinanderreichend, hatte nicht ihre besondere Hochachtung. Und Eva? Die dumme Geschichte, die sie gemacht hatte bei Frau Bager, und vorher ihr Verhalten im Diakonissenheim waren schwer zu entschuldigen. Aber dies, aber dies — o Gott, das war ja furchtbar!

„Nächste Woche schon kommt Eva heraus“, flüsterte beängstigt Herr Wiltowski.

„Ich werde sehen, daß ich sie unterbringe“, sagte Frau Bessel. „Es wird schwer halten.“

Beim Abschied hatte sie Herrn Wiltowski nicht die Hand gereicht, sie hatte nur ein Reigen des Kopfes für ihn. Ohne Händedruck hatte er sich entfernen müssen. Aber das war ihm vorerst ganz gleichgültig, die Hauptsache war: die würde sich wieder kümmern, suchen, Eva unterzubringen.

Doch als er nun in der elektrischen Bahn saß und vom Brunenwald nach der Stadt zurückfuhr, schlug ihm eine Loh in die Stirn. Es brannte ihn wie ein Mafel. Nicht nur deswegen, daß Eva seine Rechte war, daß er sich ihrer schämen mußte und schämen mußte seiner verstorbenen Schwester; er schämte sich auch für sich selber. Er vergegenwärtigte sich den Blick, mit dem die schöne Frau ihn zuletzt angesehen hatte. Zu Hause angekommen, war er gereizt und wortkarg, seine Frau brachte nicht viel aus ihm heraus. Die Dame würde schon sorgen ja. Jetzt sollte sie ihn aber gefälligst in Ruhe lassen, er wollte von der Sache mit der Eva nun nichts, aber auch gar nichts mehr hören.

„So sind sie, die Männer“, klagte Frau Ella ihrer Grete. „Von was Unangenehmem wollen sie immer nichts hören. Das schrieben sie sich einfach ab.“

Grete, die zart und blaß geworden war, viel von ihrer frischen Schönheit eingebüßt hatte, lächelte wehmütig. Sie stimmte der Mutter nicht laut bei, aber im stillen gab sie ihr recht; wurde doch ihr Mann, ihr sonst so guter freundlicher Mann, sofort unfreundlich und unwirsch, sowie sie ihn ins Kinderzimmer führen wollte zum kleinen Felix. Das preßte ihr manche heimliche Träne ab. Gerade weil das Kind nicht war wie andere Kinder, gerade weil Felix so war, wie er war, sich geistig nicht entwickelte, ein armes Tierchen blieb, gerade darum mußten die Augen der Eltern doppelt liebevoll auf ihn blicken.

Frau Bessel machte ihr Versprechen wahr, sie bemühte sich. Und da es eilte, für Eva eine Unterkunft zu schaffen, nahm sie das, was die Leiterin der Zentrale für Jugendfürsorge, an die sie sich wandte, anbot. Eine Frau Lammlein, eine sehr gewissenhafte Frau — eine Dame, die sich dadurch ernährte, nahm Kinder in Pflege. Sie suchte hierfür eine Hilfe. Nur leichte Beschäftigung. Es war gerade das Richtige für das junge Mädchen, das nicht so sehr angestrengt werden sollte. Was das für Kinder waren, ob größere oder kleinere, ob gesunde oder franks, ob Waisen oder solche, die den Eltern entzogen wurden, das erfuhr Frau Bessel nicht. Sie zeichnete sich dankbar ein als zahlendes Mitglied der Jugendfürsorge und fragte weiter nichts.

(Fortsetzung folgt.)

Der städtische Gewerbearzt.

Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Gesundheit, d. h. die Leistungsfähigkeit, der arbeitenden Klassen das kostbarste Gut unseres Volkes ist, dessen Erhaltung nicht nur Aufgabe der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern gleichermaßen Pflicht der Hüter unserer öffentlichen Gesundheitspflege ist. Demgemäß hat denn auch einer der jüngsten Zweige der Medizin — die Gewerbehygiene — gerade während des letzten Jahrzehnts in Deutschland einen bedeutenden Aufschwung genommen. Man hat Lehrstühle für dieses Fach errichtet, in einigen Ländern beamtete Ärzte (Gewerbemedizinalräte) für die Aufgaben der Gewerbehygiene angestellt, die Sozialversicherung ist nach dieser Richtung hin erweitert worden. Und letztlich gehen auch die Gemeinden dazu über, durch geeignete Ärzte den Gesundheitszustand von Arbeitenden und Berufsanwärtern untersuchen zu lassen.

Die Stadt Berlin hat vor mehreren Jahren als eine der ersten deutschen Gemeinden in ihrem Landesratsamt einen Gewerbearzt angestellt, dem die Erledigung der ärztlichen Aufgaben im Rahmen dieser Behörde übertragen wurde. Er ist im Laufe der Zeit bei der Arbeitsvermittlung, bei der Erwerbslosen- und Erwerbsbeschränktenfürsorge, bei der Berufsberatung willkommen, ja man kann heute schon sagen, unentbehrlich geworden. In allen Zweigstellen wird er zu Rate gezogen. Seiner Eigenschaft als Arzt entsprechend wird er zunächst versuchen, Mängel des Gesundheitszustandes durch Kurieren, durch Beschaffung künstlicher Glieder, durch Krankenhausbearbeitung usw. beheben zu lassen. Hierzu ist die innige Zusammenarbeit mit den Versicherungs-trägern, Versorgungsämtern (Kriegsbeschädigte), Wohlfahrts-, Jugendämtern und den Gesundheitsbehörden aller Art erforderlich. In Fällen, in denen eine Weiterarbeit in dem bisherigen Beruf nicht mehr erzielt werden kann, ist es Aufgabe des Arztes, einen anderen geeigneten Beruf vorzuschlagen und bei dem Umleitungsverfahren mitzuwirken. Bietet eine weitere Arbeitsvermittlung überhaupt keine Aussicht mehr auf Erfolg — unheilbares Leiden, hohes Alter unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes — so wird der Arzt dafür Sorge tragen, daß der Betreffende je nachdem der Wohlfahrtspflege, der Invalidenversicherung oder einem Pflegeheim zugeführt wird, die den Arbeitsunfähigen weiter zu betreten haben.

In der jetzigen Zeit der hochgradigen Erwerbslosigkeit und der Notstandsarbeiten hat der Stadtgewerbearzt festzustellen, ob Erwerbslose den ihnen angebotenen Notstandsarbeiten gesundheitlich gewachsen sind. Zu diesen Aufgaben kommt die Betreuung der Straftatklaffen und der aus den Irrenanstalten zur Entlassung kommenden Personen. Auch hier, besonders im letzteren Falle kann die Mitarbeit des Gewerbearztes sehr viel Gutes leisten. Denn bei beiden Gruppen spielt die Unterbringung in geeignete Arbeit die Rolle eines wichtigen Heilfaktors, bei beiden Kategorien ist die Art des Arbeitsmilieus von ausschlaggebender Bedeutung. Und letztlich ist die ärztliche Berufsberatung ein unentbehrlicher Bestandteil des gewerbeärztlichen Aufgabengebietes. Ohne Mitwirkung des entsprechend vorgebildeten Arztes, der nicht nur mit der medizinischen, sondern auch weitgehend mit der wirtschaftlichen Seite der Berufsberatung vertraut ist, ist eine sachgemäße Beratung der Jugendlichen unmöglich. Die hier skizzierten Abschnitte aus dem Tätigkeitsbereich des städtischen Gewerbearztes — zu denen sich noch eine umfangreiche Verwaltungsbearbeitung hinzugesellt — enthalten eine Fülle von Arbeiten, zu deren Bewältigung wohl weder in Berlin, noch in anderen Gemeinden genügend Kräfte zur Verfügung stehen; um so weniger, wenn man noch in Betracht zieht, daß a. B. der Berliner Gewerbearzt gleichzeitig als Obergericht für die Eigenversicherung der Stadt Berlin tätig ist und allmählich auch in stärkerem Umfange als bisher für die gewerbehygienische Beratung der städtischen Betriebe herangezogen werden soll.

Zurzeit arbeitet in der gewerbeärztlichen Dienststelle außer dem Gewerbearzt selbst nur noch ein weiterer untersuchender Arzt, während sich in den Bezirken die mit anderen Arbeiten stark belasteten Stadtärzte nur in mäßigem Umfange den gewerbeärztlichen Problemen widmen können. So erfreulich die Mitarbeit der Schulärzte bei der Berufsberatung ist, so kann sie doch zum Teil nur Vorkarbeit sein, zumal im allgemeinen die Schulärzte nicht die erforderliche Uebersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders über den Arbeitsmarkt, besitzen können. Es gehört daher zu den dringlichen Aufgaben der Stadt Berlin, das Ärzte- und Schwesterpersonal im Landesratsamt zu vermehren, aber auch gleichzeitig in den Bezirksarbeitsämtern mehrere gewerbeärztliche Dienststellen zu errichten, die im Interesse der Einheitlichkeit zweckmäßigerweise dem Gewerbearzt im Landesratsamt nachgeordnet sind. Außerdem wäre es ratham, in einem der großen städtischen Krankenhäuser eine besondere arbeitstherapeutische Station einzurichten, die mit dem Gewerbearzt Hand in Hand arbeitet, um durch Anstaltsversorgung die Arbeitsfähigkeit besser und schneller wieder herzustellen, und um so die Zeit der Erwerbsunfähigkeit abzukürzen. Es muß dem Ziele zugestimmt werden, daß

die heute — infolge Mangel an ärztlichen Arbeitskräften — noch erforderliche Auswahl der dem Arzt vorzustellenden Personen durch die Arbeitsvermittlung usw., also durch Laien, fortfällt und statt dessen sämtliche arbeitssuchenden Erwerbsbeschränkten, sämtliche Jugendliche usw. den gewerbeärztlichen Dienststellen zugeführt werden. Erst dann kann die Forderung ganz erfüllt werden, daß jeder Arbeiter demjenigen Beruf zugeleitet wird, für den er nicht nur auf Grund seiner Fähigkeiten, sondern gleichermaßen auch unter Berücksichtigung seines Gesundheitszustandes geeignet ist. Es wird eine lohnende Aufgabe der berufenen Arbeitervertreter im Stadtparlament sein, ihre besondere Aufmerksamkeit dem Ausbau der gewerbeärztlichen Fürsorge zu widmen.

Dr. med. E. Mosbacher,
Abteilungsleiter im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin a. D.

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

In der Bezirksversammlung Tiergarten war die SPD. in den letzten drei Jahren immer die stärkste Fraktion. Der alte parlamentarische Brauch, daß die stärkste Fraktion den Vorsitz stellt, war aber in Tiergarten nicht respektiert worden. Die vereinigten Rechtsparteien hatten Recht vor Recht gehen lassen und den Deutschen Nationalen Oranah bei jeder Wahl zum Vorsitz bestellt. Diesmal haben die Deutschen Nationalen durch Zuteilung von zwei Mandaten der Stadtliste ein Mandat mehr als wir. Jetzt sollte der gute, alte Brauch wieder zu Ehren kommen. Ohne zu erröten, beriefen sich die Deutschen Nationalen auf die „parlamentarische Gepflogenheit“ und beanspruchten, als stärkste Fraktion, den Vorsitzeposten. Wir konnten ihnen erwidern, daß wir von ihnen gelernt hätten. Wir schlugen daher als Vorsitzender den Genossen Bublitz vor. Bei der Abstimmung wurde Bublitz mit 33 gegen 26 Stimmen gewählt. Im allgemeinen ist es ein Gebot der Klugheit, sich wenigstens nicht sichtbar zu ärgern. Die Deutschen Nationalen brachten diese Klugheit nicht auf. Sie trieben Beräckerungspolitik, die erheiternd wirkte. Zunächst protestierten sie gegen die Wahl, weil ein Bezirksverordneter mitgestimmt hatte, der nach nicht den bürgermeisterlichen Händedruck empfangen hatte. Im Schwierigsten zu vermeiden, legte der Genosse Bublitz sein eben erhaltenes Amt nieder, der Alterspräsident übernahm wieder die Leitung, und es sollte nochmal gewählt werden. Aber so einfach ging das nicht. Erneuter Protest der Deutschen Nationalen. Unter Berufung auf die Geschäftsordnung erklärten sie, daß der Alterspräsident eine neue Sitzung einberufen müsse, deren Tagesordnung zwei Tage vorher bekanntgegeben werden müsse. Es wurde ihnen von uns bedeutet, daß Punkt 3 der Tagesordnung lautete: Annahme einer Geschäftsordnung. Die Versammlung befand sich also noch in der Konstituierung und befahl noch keine gültige Geschäftsordnung. Gegen den Protest der Deutschen Nationalen wurde noch einmal gewählt, und jetzt erhielt Genosse Bublitz 38 von 43 abgegebenen Stimmen. Es wurden dann noch Dringlichkeitsanträge angenommen, die von den Sozialdemokraten und den Kommunisten gestellt waren, und die weitgehende Unterstützung und Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen verlangten. Alle dem Bezirksamt zur Verfügung stehenden Mittel sollen flüssig gemacht und den Wohlfahrtskommissionen zur Verfügung gestellt werden, um der Not der Erwerbslosen zu steuern. Alle Notstandsarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden. Ferner stellte die SPD. noch den Antrag, dem Bezirk Tiergarten eine Gesundheitsdeputation zu geben. Schließlich mußte von der SPD.-Fraktion noch darauf hingewiesen werden, daß die Deutschen Nationalen sich lebhaft an den Debatten beteiligten hatten, trotzdem sie gegen das Stattfinden der Versammlung lebhaft protestiert hätten.

15. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung verabschiedete in ihrer letzten Sitzung den Etat des Bezirks. Für unsere Fraktion sprach der Genosse Stadtverordnete Wilhelm Reimann. Er rechnete scharf mit den „Rechtsblöcklern“ ab und forderte sie auf, hier in öffentlicher Sitzung bekannt zu geben, wo innerhalb des hiesigen Bezirks Mißstände vorhanden seien, die sie in ihrem Flugblatt nur andeutungsweise genannt hatten. Von den Beamten verlangte er, sich darüber im klaren zu sein, daß zwischen Monarchie und Republik ein gewaltiger Unterschied bestehe und daß jeder ehrlich denkende monarchistische Beamte es verabscheuen sollte, von der Republik Geld zu nehmen. Der Sprecher der Deutschen Nationalen brachte keine Anschuldigungen vor, auch vermied er es, das von seiner Fraktion verzapfte Flugblatt zu verteidigen. Zu unbesoldeten Stadträten wurden die Genossen Frick Bessen-Oberschöneweide und Wilhelm Jabel-Wierschhof wiedergewählt. Einen Sitz erhielten die Kommunisten und einen weiteren die Deutschen Nationalen.

16. Bezirk — Köpenick.

Die erste Bezirksversammlung im neuen Jahre hatte sich mit einer umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Die Wahl des Vorstandes zeitigte die alte Zusammensetzung. Die gewählten Depu-

tationen und Kommissionen wurden bestätigt und zur Vorbereitung einer neuen Geschäftsordnung eine juristiebige Kommission eingesetzt. Zu unbesoldeten Stadträten wurden Genosse Bendig, Fischer (Komm.), Stein (Dnatl.) und Brimmers (Dsp.) neu resp. wiedergewählt. Die Erledigung einiger Vorlagen des Bezirksamts erfolgte ohne Debatte. Zur Begründung der Bedarfsnachweise des Bezirks für das Rechnungsjahr 1926 wies Bürgermeister Gen. Kohl in einer einstündigen Rede auf die einzelnen Titel und ihre Erfordernisse hin und brachte dabei zum Ausdruck, daß durch die Zeitverhältnisse der Vermaltung erhebliche Beschränkungen auferlegt seien. Aber trotzdem sei man im abgelaufenen Jahresjahr vorwärts gekommen und auch die angeforderten Bedürfnisse des neuen Etats bewiesen, daß für die Entwaltung des Bezirks beim Magistrat das notwendige Verständnis obwalte. Die Anfrage unserer Fraktion betr. Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens löste eine ausgedehnte Debatte aus. Die Feststellung, daß der Dezernent des Wohnungswesens, der Kommunist Jahn, nur ungenügende Auskunft über Abhilfemaßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens gegeben, veranlaßte seinen Parteifreund Rebe zu Ausfällen gegen unsere Fraktion und Partei, die in der Versammlung und bei den Zuhörern Empörung auslösten. Das bisherige Auftreten dieses Ausharbeiters Rebe im Bezirksparlament löste angenehme Ausfälle für sein Wirken im Berliner Magistratskollegium erwarten. Nur wird es da mehr auf praktische Arbeit, als auf schaupielerisches Talent ankommen. Zwei Anfragen über Schulvorkommnisse mußten zur endgültigen Erledigung zurückgestellt werden, da infolge der Ferien eine bezirksamtliche Auskunft nicht erteilt werden konnte. Im Verfolg der einzelnen Debatten, die von den Kommunisten in Dauertönen und in provozierender Art bestritten wurden, stellten die Bezirksverordneten Rebe und Stein einen „Reihen-Westen-Austausch“ in Aussicht, der für alle Beteiligten sehr interessant sein dürfte. Ohne Erledigung der Tagesordnung erfolgte um 11 Uhr Schluß der Sitzung, die in 14 Tagen ihre Fortsetzung finden dürfte.

19. Bezirk — Pankow.

„Neue Besen kehren gut.“ Nach diesem Sprichwort glaubt der neue Vorsitz der Versammlung Verfahren zu müssen. Er berief die zweite Bezirksversammlung zwischen Weihnachten und Neujahr ein. Für die nächste Woche gleich an drei Tagen den Haushaltsauschuss und, des Guten ein bißchen viel, an einem dieser Tage auch noch eine Bezirksversammlung. Was will er damit erreichen? Will er die Beratung des Haushalts aufhalten, oder vielmehr die augenblicklich günstige Rechtsmehrheit für die Wahl des Vorsitzers der Versammlung der Rechte sichern? Die Bezirksversammlung vor Neujahr hatte keine wichtigen Punkte auf ihrer Tagesordnung. Unsere Anträge auf Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen waren noch nicht einmal vom Bezirksamt beraten. Trotzdem erzwangen unsere Genossen vor Eintritt in die Tagesordnung eine Beantwortung unserer gestellten Anfragen. Nach Erledigung dieser längeren Aussprache wurde erst, trotzdem schon Abstimmungen in der Versammlung vorgenommen waren, endlich ein noch nicht verpflichteter Bezirksverordneter eingeführt, und zwar durch den Vorsitz der Versammlung, vergebens bemühte sich auch der Stellvertreter des Bürgermeisters eifrig darum. Der Bezirksverordnete Jast (SPD.) ist aus der Versammlung ausgeschieden. Bezirksverordneter Stöber (Wirtschaftsp.) verhöhnte die Erwerbslosen dadurch, daß er durch Anführung eines Beispiels beweisen wollte, daß die Erwerbslosen „nur nicht arbeiten wollten“. Bei dieser Gelegenheit trieb er die Heuchelei soweit, dem abgebauten Stadtrat Renz (SPD.) seine Pension vorzuwerfen. Stadtrat Faust (Dnatl.) drohte Renz mit einem Disziplinarverfahren, da er mit seiner Pension die „Revolutionsherbeiführen“ herbeiführen wolle. Der Antrag der SPD. auf volle Herstellung der Öffentlichkeit auf der Tribüne wurde abgelehnt. Unser Redner, Gen. Reuberger erinnerte an die Eigenen in der Stadtverordnetenversammlung und erklärte sich für Beibehaltung der Tribünenarten, um allen Schichten der Bevölkerung den Besuch der Bezirksversammlung zu sichern. Unsere Fraktion hatte den Antrag gestellt, die Verpachtung von städtischem Kleingartenland durch Vermittlung des Verbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, Bezirksverband Norden II vornehmen zu lassen. Der Antrag wurde nach Begründung durch Gen. Göbzig gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen angenommen. Vom Gen. Wähmann wurde ein Antrag begründet, Schulräume unter möglichst leichten Bedingungen an Vereine mit kulturellen Bestrebungen freizugeben. Der Antrag wurde angenommen. Ein lang gehegter und auch oft behandelter Wunsch der Bevölkerung im Norden Berlins, Schloß und Park in Niederschönhausen der Allgemeinheit zu sichern, soll endlich seinen Abschluß durch einen Vertrag mit dem preussischen Finanzministerium erhalten. Der vorliegende Vertrag sieht allerdings eine völlig einseitige Belastung der Stadt Berlin vor. Alle Personalkosten, der Ausbau und die Erhaltung des Schloßes, sowie Wiederherichtung der Parkanlagen sollen durch die Stadt erfolgen. Aus der Vorlage ist nichts über die finanzielle Belastung zu sehen. Gen. Kubig forderte daher Einlegung eines Ausschusses, um hierüber Auskunft zu erhalten. Trotzdem auch von den Demokraten diese große Belastung anerkannt wurde, lehnte die

OHNE INVENTUR-VERKAUF

SALAMANDER

können Sie den schönen Salamander-Schuh gut und preiswert erwerben.

SALAMANDER

AF-B

Der Kampf gegen die Krise.

Um Kapitalherabsetzung und Preisentung.

Vor kurzem hat der „Vorwärts“ in einem Artikel „Sie wollten zuviel verdienen“ die Ergebnisse der Reichsstatisik über die Goldumstellungen der Aktiengesellschaften kritisch gewürdigt. Er kam zu dem Schluß, daß in der offenbar zu optimistischen Beurteilung der Ertragsaussichten der Aktienunternehmungen eine der entscheidenden Ursachen der verschärften Wirtschaftskrise zu erblicken sei. Diese Ueberhöhung der Profitansprüche müsse beseitigt werden, wenn man die Krise wirklich bekämpfen will. Eine offiziöse Wolff-Nachricht hat dieselbe Ansicht vertreten. Diese Ansicht hat nun in der führenden Handelspresse mancherlei Widerspruch gefunden. Die „Frankfurter Zeitung“ hat in ihrer Nr. 8 „Eine zweite Kapitalzusammenlegung“ dagegen polemisiert und vor allem den Zusammenhang zwischen Krisenverschärfung und der zu hohen Kapitalumstellung bestritten. In einem weiteren Artikel „Deutsche Wirtschaftsbilanz 1925“ hat der „Vorwärts“ dann weiter gefordert, daß die Warenpreise bis zur Vollbeschäftigung der Industrie gesenkt werden, die Gewinnansprüche des Kapitals durch Zusammenlegung soweit gemindert werden müßten, bis der aus dem Absatz erreichbare Ertrag zur Verzinsung des aufzunehmenden Auslandskapitals sowohl wie des Restes des Eigenkapitals ausreicht. Gegen diese Forderungen, die nur die praktische Konsequenz aus der Statistik über die Goldumstellungen stehen unter Berücksichtigung der konkreten Probleme der Wirtschaftskrise, hat sich die „Kölnische Zeitung“ gewandt. Es ist daher notwendig, auf diese für die Bekämpfung der Krise außerordentlich wichtige Frage noch einmal zurückzukommen.

Auslandskredite und Rationalisierung.

Zunächst: Preisentung und Verringerung der Gewinnansprüche sind auch nach unserer Ansicht nicht die einzigen Wege zur Krisenlösung. Wir haben das ausdrücklich gesagt. Daneben kommen die verschiedenen Wege der technischen, kaufmännischen und finanziellen Rationalisierung in Frage. Rationalisierung in jedem Sinne kostet aber Geld; das weiß auch die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Dieses Geld kann bei der heutigen Lage des Kapitalmarkts in Deutschland vorwiegend aus dem Ausland kommen. Das Ausland aber verlangt zweierlei; nicht nur Zinsen überhaupt, sondern auf Dauer garantierte und sofort fällige Zinsen und die Rückzahlung des Kapitals. Diese Zinsen müssen erwirtschaftet werden. Vor uns steht die Notwendigkeit weitgehender Verschönerung ans Ausland; das ist der Wille der Interessenten, das ist die Ansicht der Banken. Soweit heute Industrien notleidend sind, hoffen sie auf diese Sanierung durch Auslandskredite, und es wird unvermeidlich sein, daß mit Staatshilfe und Staatsgarantie industrielle Solidargemeinschaften gebildet werden, um genügende Sicherheiten für diese Sanierungskredite bieten zu können. Bei den heutigen hohen (Kartell-)Preisen und den heutigen überhöhten Gewinnansprüchen des eigenen Kapitals der Goldbilanzen kann der im In- und Ausland erreichbare Markt nicht ausreichen, zugleich das eigene und dazu noch das ausländische Sanierungskapital zu verzinsen. Da, das Sanierungskapital wird in ausreichendem Maße gar nicht zu beschaffen sein für Industrien, die bei steigender Arbeitslosigkeit und hohen Preisen in den Preisen noch Gewinnansprüche einfalligeren müssen, für deren Betriebigung schon der Absatzgrad vor Eintritt der großen Arbeitslosigkeit nicht ausreicht. Darum kann das Geld, das die Rationalisierung kostet, in genügender Höhe überhaupt nur unter der Bedingung erreichbar gemacht werden, daß die Preise und die Gewinnansprüche, die die Rationalisation hoch und den Absatz klein halten, vorher abgesetzt werden, sobald man der gesamten deutschen Industrie und nicht nur einigen Großbankfavoriten zu ausländischem Sanierungskapital verhelfen muß.

Kapitalexport aus — Kapitalimport nach Deutschland.

Diese auf der Hand liegenden Zusammenhänge werden nun merkwürdigerweise in Deutschland stets in umgekehrter Reihenfolge gedacht: Man will erst Auslandskredite, um dann zu rationalisieren und durch Senkung der Selbstkosten billiger und konkurrenzfähiger werden. Man sieht nicht, daß wir die Auslandskredite nötig haben, um jenen Mehrertrag erst einmal zu finanzieren und zu erzeugen, indem wir unsere durch Rationalisierung zu verbilligende und zu vermehrende Produktion an den Mann bringen wollen. Es scheint ähnlich, ist aber doch ganz anders als bei der früheren Kolonisierung unerschlossener Gebiete durch den Kapitalexport Europas. Dieser Kapitalexport Europas hat durch die Industrialisierung neuer Länder auch jene Nachfrage erst erzeugt, mittels deren Ausbeutung die neuangelegten Fabriken und Verkehrseinrichtungen die Zinsen für das exportierte Kapital aufbrachten. Das ist die Ähnlichkeit zwischen dem früheren Kapitalexport Europas und dem heutigen Kapitalimport Amerikas nach Europa. Der gewaltige Unterschied aber liegt darin, daß in Europa, besonders in Deutschland, jene Fabrikanlagen und Verkehrsein-

richtungen schon vorhanden, und zwar weit über Bedarf vorhanden sind und daß das Auslandskapital sich überhaupt nur niederlassen kann (es verlangt sofort Zinsen), wenn die Gewinnansprüche, die auf den Anlagen schon liegen, den neuen Gewinnansprüchen des Auslands vorerst einmal Platz machen. In der Untertonfunktion im allgemeinen und den Arbeitslosenheeren im besonderen ist auch die Nachfrage nach Ware schon latent vorhanden, die diese Anlagen brauchen. Bei den früheren Fällen europäischen Kapitalexports wurde diese durch gleichzeitige Auswanderung von Facharbeitern ins Ausland und durch Proletarisierung von Eingeborenen erst geschaffen. Der heutige ausländische Kapitalimport nach Deutschland bringt das nackte Geld und stattdessen die Werte mit Umstellungsapparatur, Roh- und Hilfsstoffen, Löhnen und Gehältern aus. Da die Beschaffung der Rohstoffe, Roh- und Hilfsstoffe auf Umwegen, die Löhne und Gehälter direkt neue Marktaufträge erzeugen, haben die Auslandskredite die Funktion, den erforderlichen Mehrertrag, die erforderliche Mehrnachfrage sozusagen auf Kredit zu erzeugen.

Die Notwendigkeit der Preisentung.

Auch mit der Preisfrage ist es in Deutschland nicht wie in der guten alten Zeit des kolonialen Kapitalexports. Wenn es auch da einmal zu Uebergründungen kommen mochte, so konnten doch die Preise beliebig hoch sein, weil bei entsprechenden Zuschüssen der Absatz unbefehligt zu machen war; dazu hatte man die Hilfe der Pionnbauhöhen an den proletarischen Eingeborenen. Deutschland dagegen steht jeder Geldgeber mit höchst kritischen Augen und dem Verlangen nach Sicherungen gegenüber; d. h. er nimmt sich, was er zur Garantie seiner Rente braucht. Dazu lauert die ganze Weltkonkurrenz auf die Dummheit überhöhter Preise in Deutschland und schließlich hat auch der Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner Denkschrift ja kundgetan, daß mit Raubbauhöhen nichts zu machen sei. Je höher daher der Betrag der erforderlichen Auslandskredite ist und je stärker der in- und ausländische Konkurrenzdruck, desto höher durch die sofort fälligen Zinsen zu nächst die Selbstkosten und desto geringer infolgedessen zunächst die Konkurrenzfähigkeit. Das heißt aber, daß zunächst Preisentung der Weg zur Rationalisierung sein muß, nicht aber umgekehrt. Rationalisierung der Weg zur Preisentung sein kann. Nur wenn man schon Geld und Absatz genug hat, wie z. B. heute Ford und vor dem Krieg ganz Deutschland, kann man durch Rationalisierung auch zur Preisentung kommen. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich zwingend, daß Rationalisierung und Auslandskredite zwar unumgängliche Mittel zur Krisenlösung sind, daß sie aber, um überhaupt wirksam werden zu können, die Absenkung der eigenen Gewinnansprüche der deutschen Industrie und damit zugleich die ausreichende Absenkung der Preise zur Voraussetzung haben.

Goldbilanzen, wie sie sein sollten!

Steht der Nachweis, daß die zu hohe Kapitalherabsetzung in zahlreichen Industrien eine der entscheidenden Ursachen der Verschärfung der Stabilisierungskrise zu den heutigen Ausmaßen war. Der Weg der Beweisführung wird vereinfacht, wenn man sich einmal die Frage vorlegt: Wie hätte wohl ein Unternehmer die Goldbilanz aufmachen müssen, der als Leiter sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften für deren Gesamtheit eine Einheitsbilanz aufzustellen geholt hätte. Einheitsbilanz dürfte heute wohl darüber bestehen, daß er eine Ertragsbilanz hätte machen müssen, d. h. eine Eröffnungsbilanz, in der die Bewertung aller Aktien unter Berücksichtigung der Forderungen und Verpflichtungen und die Feststellung des Aktientkapitals nach der aus dem Absatz auf Dauer wohl erreichbaren Rente erfolgt wäre; nicht aber eine Substanzbilanz, die der Bewertung die Herstellungskosten der Anlagen abzüglich der Abnutzung und den Kartell- oder Bestehungspreis der Vorräte zugrunde legt.

Bei dieser Ertragsbilanz hätte er berücksichtigen müssen, daß der Hauptfaktor, der erreichbare Absatz, sehr ungünstig stand. Mindestens ein Drittel Kaufkraft hätten wir im Inland weniger, dem Auslandsmarkt waren wir fast hinausgedrängt, dazu kam im Inland und Ausland als Kriegsfolge und infolge der Sachwertmanie der deutschen Inflation eine ungeheure Uebersteigerung der Produktionsfähigkeit. Erster Grund zur Tiefbewertung. Dann müßte er mit steigenden Selbstkosten rechnen: die Betriebslöhne und -gehälter müßten durch eine mächtige Lohnkampfwelle hochgepreßt werden, bei stabiler Währung und damit gesicherter Auslandskonkurrenz war eine Abwälzung auf die Preise auf Dauer ausgeschlossen. Zweiter Grund. Die Steuern müßten für die Industrie viel schwerer ausfallen als früher: die große Melkkuh des Fiskus, der Rentnerstand, war tot. Steuerwälzung auf den Staat war sinnlos, Steuerüberwälzung auf das Arbeitseinkommen nicht minder; denn so oder so sucht sich die Arbeiterschaft mit Recht von der Steuerüberwälzung wieder frei zu kämpfen. Auf der anderen Seite waren durch den mangelnden Absatz die Verkaufskosten höher, Gewinnaussichten schlechter; beim Staat war aus laufenden Gründen der Vermögens-, Pensions- und Sozialbedarf höher — ein dritter Grund. Ein vierter Grund lag in den rela-

tiv verringerten Tonnen- und Personenkilometern der Eisenbahnen und der relativen Minderbeschäftigung der übrigen öffentlichen Verkehrsanstalten. Der relative Anteil dieser Einnahmen in den Selbstkosten mußte wachsen. Weitere Gründe zur Tiefbewertung der Anlagen und zur Festhaltung des Aktienkapitals waren, daß die Zinsätze hoch bleiben mußten, was nur eine niedrige Kapitalisierung des Ertrags zuließ, daß der Staat, die Eisenbahnen, die Industrie selbst Reparationskosten bekam, daß man den Weg des Freihandels und wohlfeiler Verhandlungszölle gehen mußte, um die Tore zum Weltmarkt wieder zu öffnen, und daß man endlich wohl mit einer starken ausländischen Verschuldung rechnen mußte, wenn man bei solchen Ueberpreisen und Verkaufskosten den Wagen wieder auf Dauer in konkurrenzfähigen Schwung bringen wollte.

Der Selbstbetrug der Unternehmer.

Das alles hätte ein deutscher Unternehmer, der eine Gesamtbilanz für alle Aktiengesellschaften aufzumachen hätte, wissen und voraussehen können. Die privatkapitalistischen Unternehmer im einzelnen und in ihrer Gesamtheit hätten das auch wissen müssen, wenn sie für ihre eigenen Geschäfte sachverständig genug und für die Führung der kapitalistischen Wirtschaft, für die sie mit ihrem Kapital verantwortlich zeichnen, fähig genug gewesen wären. Die Staatsgewalt stand ihnen, mindestens seit den entscheidenden Dawes-Verschönerungen, die für die Goldbilanzen ja eigentlich erst freie Bahn geschaffen haben, nicht im Wege, sondern zur Seite. Das Verlangen von Dr. Albert Bögl auf der vereinigten Frühjahrstagung 1924 des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, daß der Staat „der Wirtschaft“ freie Hand lassen solle, war bis zum Einnes-Krach und dem steigenden späteren Nachweis der Unfähigkeit der Wirtschaftsführer zur Wirtschaftsführung mehr als erfüllt. Sind aber die Goldbilanzen, ist die Wirtschaftspolitik von den deutschen Unternehmern auch nur im engersten Maße gemacht worden, wie die aller spätesten im August 1924 klar erkennbaren Tatsachen es veranlaßt haben? Zu jedem Punkt ist das Gegenteil von dem geschehen, was notwendig und möglich war. Jeder der Gründe, die wir aufgestellt haben und zur pessimistischsten Ansicht der Unternehmer aller Schichten gezwungen hätten, wurde schließlich, weil die Unternehmer das Primat der Wirtschaftsführung verlangt und erhalten hatten, wurden den Unternehmern Unrecht zu einem Selbstbetrug, mit dem sie auf einem sinnierten Rechte bestanden, dessen Ausübung die Volkswirtschaft und damit auch die Unternehmer selbst in die Krise trieben.

Die optimistische, die sträflich leichtsinnige Einschätzung der Absatz- und Gewinnmöglichkeiten der größten Teile der deutschen Industrie, die daraus zwangsläufig sich ergebende falsche Betriebs- und allgemeine Wirtschaftspolitik sind die Entstehungsursachen der übergewaltigen Verschärfung der Stabilisierungskrise, in der wir heute stehen. Die Arbeiterschaft, die am schwersten unter den Räten der Krise leidet, hat ein Recht zu der Forderung, daß mindestens mit der Korrektur sträflichen Irrtums in der Unternehmerpolitik der Kampf gegen die Krise aufgenommen werden muß. R.-r.

Für ein deutsch-französisches Zollbündnis. Ein Schwerindustrieller für Verständigung.

Nach bis in die jüngste Zeit hinein haben deutsche Schwerindustrielle den Bettkampf mit Frankreich, dessen Ueberproduktion an Eisen eine schwere Konkurrenz für die deutsche Industrie bringt, dadurch auszuhalten gewünscht, daß man neue Zölle gegen Frankreich errichte. Der Niedergang des französischen Franken bot dazu einen willkommenen Vorwand. Nachdem frühere Verständigungsversuche zwischen der deutschen und der französischen Montanindustrie an dem Streit um die Beteiligungsziffer gescheitert sind, mußte diese aufs neue entfachte Kampf Stimmung um so bedenklicher wirken. Im Gegensatz zu den schärferen Bestrebungen aber, die von einem Teil der deutschen Schwerindustrie genährt werden, stehen Äußerungen anderer Schwerindustrieller. In dem heute erschienenen Heft der Pariser Zeitschrift „Europe Nouvelle“ veröffentlicht der Krupp-Direktor Bruhn einen Artikel, der nach den vorliegenden Presseauszügen unter anderem folgende Ausführungen enthält:

„Die Zeit müßte eigentlich vorbei sein, wo jeder Patriot auf beiden Seiten der Grenze dem anderen Lande soviel Unleses wie nur möglich wünscht. Bei der engen gegenseitigen Verknüpfung der europäischen Wirtschaft ist das Wohlergehen des einen Landes die Bedingung für das Wohlergehen des anderen. . . Solange ein Land oder eine Minderheit dieser Länder fremde Erzeugnisse mit hohen Einfuhrzöllen belegt, was dieses System (der Abschließung und des Schutzes der nationalen Arbeit) eine geschickte Methode, um den geschützten Industrien auf Kosten der übrigen Bevölkerung künstliche Einnahmen zu schaffen, so daß sie ihre technischen Apparate vervollständigen und zahlreichere Absatzmärkte finden konnten. Aber sobald diejenigen Länder, in denen man Absatzmärkte hat, durch die gleichen Maßnahmen antworten, verliert diese Methode ihren Sinn und kehrt sich zwangsläufig über kurz oder lang gegen diejenigen Länder, die sie noch anwenden wollen.“

Augen auf!

Unser Inventur-Ausverkauf geht weiter!
Der gewaltige Andrang beweist, daß wir Außerordentliches bieten!



- Herrn-Rindbox-Strasentüfel, solide Verarbeitung .. 7.90
- Herrn-Schnürstiefel, Orig.-Good-Well, echt Rindbox 12.50, la Robbever. 11.90
- Herrn-Halbschuhe moderne Form 8.00, mit festem Wildleder-Einsatz .. 10.90
- Mädchen-Spangenschuhe in gefälliger Ausführung, Gr. 31-33 5.50, Gr. 29-30 4.90, Gr. 27-28 4.50
- Lackschlangen, die für alle Gelegenheiten passend, Modeschuhe 12.90, 10.90, komb. mit Chevreau .. 9.90
- Echt französischer Silberbrokat-Spangenschuh, feinste Verarbeitung .. 14.90

Tacke & Co. AG
Burg
B. MA 00 B.

- SW, Friedrichstr. 240/41
- W, Potsdamer Str. 90
- W, Schillstr. 18
- NW, Beusselstr. 20
- NW, Turmstr. 41
- NW, Wiltschacker Str. 22
- N, Brunnenstr. 37
- N, Danziger Str. 1
- N, Friedrichstr. 130
- N, Müllerstr. 3
- O, Andreasstr. 50
- O, Frankfurter Allee 22
- SO, Oranienstr. 2 a
- SO, Wrangelstr. 49
- C, Soltteimark 15
- C, Rosenthaler Str. 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Potsdam, Brandenburger Str. 34
- Wilmersdorfer Str. 122/23

Die Ameisen.

Von Michael Babits.

Wehe, Ameisenschmach! Die verlorene Ameise stieg in den fremden Bau hinab, zwischen merkwürdigen, gedrungenen, roten Ameisen. Die roten sind mürrische Sklavenhalter. Oft greifen sie planmäßig ferne Ameisenbaue an, rauben die Larven und Puppen und erziehen sie zu in Sklaverei lebenden Arbeitern und Soldaten. Und dieser rote Bau sah auch ganz so aus wie eine Erziehungsanstalt.

Wehe, Ameisenschmach! So durch ein fremdes Tor treten! Sie konnte nichts dafür, daß sie sich abends verspätet hatte! Sie — deren Namen ich nicht einmal zu nennen vermag — denn er besteht aus in Lauten nicht ausdrückbaren Fühlerbewegungen — war mit drängendem Instinkt heimgesellt, als ihr der weiße Berg den Weg versperrte. Sie wollte den weißen Berg erklimmen, wurde aber jedesmal abgescüttelt. Denn der weiße Berg war ein Mädchen, das im Gras sah und Finger hatte. Sie mußte ihm ausweichen. Als sie ihn bereits zur Hälfte umgangen hatte, da erhob sich der weiße Berg in die Luft, doch war es schon zu spät! Zu spät! Als sie müde den Bau erreichte, waren bereits sämtliche Eingänge von den Tortkieseln verrammelt, die auch sie nicht fortzurücken vermochte, obschon sie allein den Reichtum einer Hummel tragen konnte. Sie war ausgeperrt worden: in Nacht und Einsamkeit! Furchtbare Dunkelheit senkte sich über sie. Der Abend wurde eisiglicher, die Grashalme wurden größer, die Schollenpässe ragten steiler empor. Betäubt irrte sie umher und ergab sich am Morgen fast von selbst den Roten. In einen Bau kommen, wieder, um jeden Preis!

Denn die Ameise erträgt die Einsamkeit nicht.

Nun jedoch blickte sie trotzdem befremdet und mit Widerwillen auf diesen mächtigen und öden Bau. Schon der Kuppelsaal — wo sich das Lust- und Sonnenbad befand — war geräumiger als daheim; und in dem guten, feinen Sand lagen empfindliche rote Puppen. Tief unten, in den endlosen Gängen, reiheten sich aneinander die kleinen Sklavenspinnen und Larven. . . . Puppen von den verschiedensten Farben und Formen! Allerhand Arten! Hunderte von Pflegerinnen leckten und preßten die schwerfälligen Puppen und fütterten die Larven. Das Gewimmel drang in die Operationsäle, wo die Puppen aus den Kotonen genagt werden. Es wurde gearbeitet, fast überall. Vor der einen Puppe blieb die verlorene Ameise stehen. Sie war von ihrer Art. Sah der Puppe ähnlich, die im alten Bau ihrer Sorge anvertraut war! Ihr Instinkt zog sie an, sie wollte hier verweilen, aber die Roten stießen mit den Fühlern nach ihr. Sie mußte weitergehen. Wohin wird sie geführt, in welche Tiefen? Hier befanden sich die Eierkammern. Die Pfleger trugen die Eier zu kleineren und größeren Haufen zusammen. Andere wurden, je zehn, an die Gürtelhaften gehängt, auf die Pilzgärten getragen, um sie zu füttern. Und was für Pilzgärten! Der aus Blättern zerhackte Breidünger bedeckte hier die und grün den Boden, und in gerade Beete verteilt, gediehen hier unter den dunklen Schwalbennestern verschiedene Pilzgärten. Und nicht nur die Gärtner gingen aus den Reihen der Sanitätscharen hervor, sondern die Pilze wurden auch ausschließlich für sie gezüchtet; denn die Roten sind Fleischfresser. Die verlorene Ameise war hier abermals unter ihresgleichen, wie früher daheim. Sie dachte eine Minute lang: auch sie würde als Gärtner verwendet werden. Doch stellte sie sich heraus, daß sie für ein noch niedrigeres Schicksal bestimmt worden war. Sie strebten an geheimen Höhlen vorbei, den Liebestammern.

In der Tiefe der Dunkelheit konnte man die mächtigen Königinnen und die hilflosen, dummen Männchen ahnen. Die verlorene Ameise, wie jeder Arbeiter, war ein Wesen ohne Liebe, erschauerte jetzt zum erstenmal bei dem Gefühl der Unfruchtbarkeit. Rein, sie wird diesen fremden Bau niemals als ihr Heim empfinden, mögen auch lauter ihresgleichen hier wohnen! Diese Art ist hier zu unfruchtbarer Tode verurteilt! Hat hier weder Männchen, noch Weibchen! Lauter Arbeiter, also lauter Sklaven! Zwischen Fremden und ohne Fortpflanzung sterben sie hier aus, ihre Arbeit wird nur von Fremden genossen. Die kleine Ameise brannte vor dunkler Qual wie ein abgehacktes Glied. Denn auch der geschlechtslose Arbeiter ist nur dann glücklich, wenn er um sich herum die Liebe fühlt, die schöpferische Liebe seiner Art: Jugend, Zukunft und Leben.

Sie gelangten ins tiefste Gefäß, wo sich die Stellungen befanden. In den Vorräumen der Stallungen hingen an der Decke dicke Zitaden. Sie hingen regungslos und um sie herum machten sich lauter rote Knechte zu schaffen. Die verlorene Ameise erriet rasch, weshalb. Die Zitaden waren reiche, lebendige Honiggefäße. Ihr Leib schwebte eine dicke, süße Flüssigkeit aus, die man malten und leden konnte. Hierher wurden die Sanitätscharen nicht gefahren; sie wurden höchstens beim Fangen der Zitaden verwendet. Die gefährlicheren Roten kamen immer wieder hereingelaufen und leckten an dem Honig. Und nun folgten bereits die Stallungen der Blattläuse! Und hier wurde es der verlorene Ameise plötzlich klar, für welche Arbeit sie bestimmt war! Die Blattläuse wurden zu zehn und zwanzig Stück gefangen und hierher in die unterirdischen Verstecke gebracht. Sie bildeten den Braten der Roten und die Sklavensklaven fütterten und mästeten und reinigten und putzten sie! Es war die niedrigste Arbeit, der niedrigste Rang! Aber es herrschte hier eine seltsame Lebhaftigkeit, ein dichter und warmer Geruch, und feberhafte Arbeit wimmelte. Die Verlorene war binnen eines Augenblicks umringelt, von lauter Sanitätscharen ihrer Art. Wohin sie sich auch wandte, von überall steckten sich ihre plaudernde Fühler entgegen.

„Kommi!“ plapperte der eine Fühler. „Der Hafer der Läuse ist bereits verweilt. Ich laufe frischen holen.“

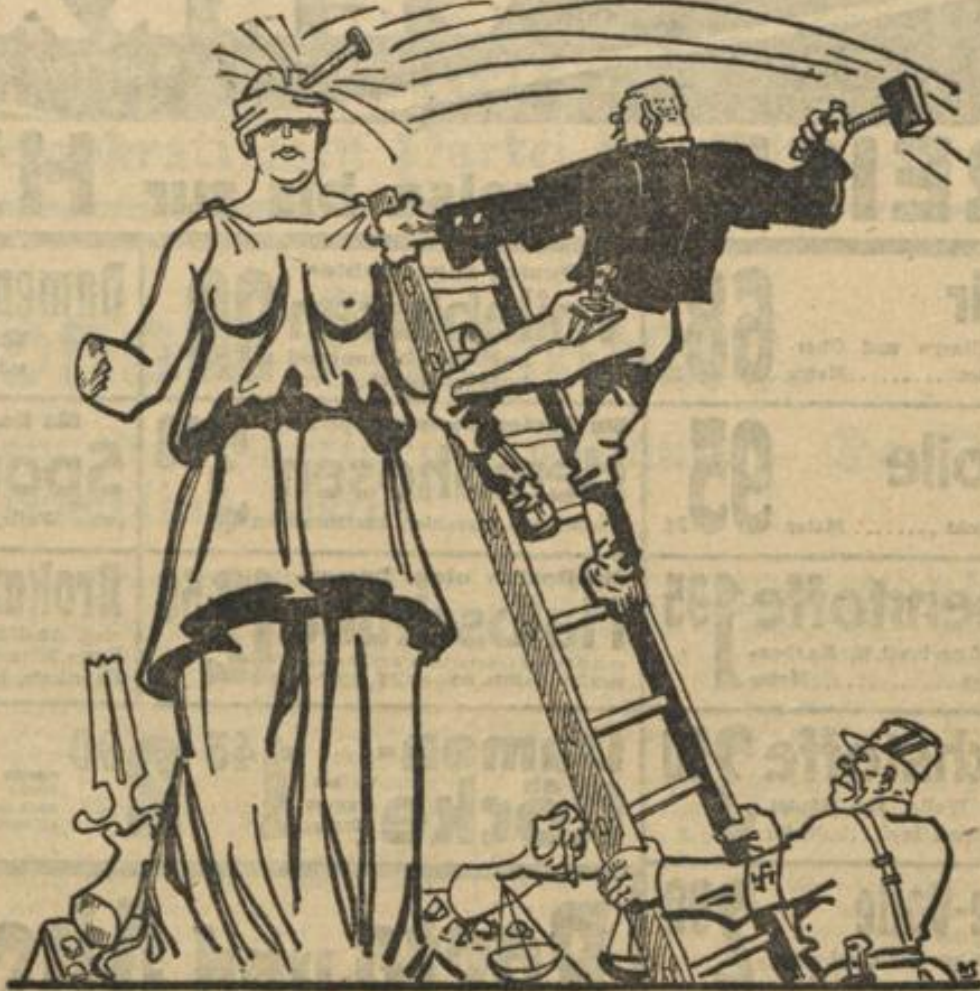
„Wer wird die neuen Läuse büpfen?“ zuckte ein zweiter Fühler.

„Die Meilzeit ist da!“ nickte ein dritter.

Und es herrschte Bewegung in der Tiefe des Baues, als wäre eine lebendige Maschine in Tätigkeit. Die verlorene Ameise wurde vom süßen und unwiderstehlichen Taumel der Arbeit gepackt. Und da verfiel die eine winzige Ameise in der Ecke des Hausstalles in einen seltsamen Reigen. Dieser Tanz war Rede und drückte aus: ein ungewöhnlicher, ein ungewöhnlicher Fall! Die kleine Höhle schäumte wie gärende Sodoerde. Anfangs konnte man nur wissen, daß ein Teil der Läuse ausgerissen ist. Aus der hinteren Wand des Baues führten einige schwierigere Gänge. Vielleicht die Spuren eines alten Baues, den eine andere, kleinere Ameisenart gebaut hatte. . . . die Erinnerung an eine prähistorische Kultur. In diese schmalen Gänge waren irgendwo die Läuse gelangt; wohin ihnen die Roten gar nicht folgen konnten.

Welche Ahnung, welcher Instinkt hatte diese primitiven Wesen geführt? Und die winzigen Sanitätscharenamen — aus der Art der Verlorenen — eilten ihnen auch schon nach, sich vollkommen mit den Interessen der Roten identifizierend. Die Schlein wimmelten wie schwarze Wern. Die Aufregung der Jagd erfaßte auch die

Nürnberger Trichter.



Einst klystierte man mit Nürnberger Trichtern Weisheitssuppe; Heute brauchte sie Justitia, beim Verfahren gegen Luppe. Doch man schiebt ihr leider keinen Trichter in die weiche Birne; Heute haut man ihr in Nürnberg einen Nagel ins Gehirn. —

Verlorene. Sie vermochte sich kaum noch zu beherrschen. Und erst jetzt wurde offenbar, was sich tatsächlich ereignet hatte. Große rote Trupps, in furchtbarem Haß, stürzten aus den oberen Stockwerken herab. Jede der Ameisen schleppte eine Puppe: rote Puppen und Sklavenspinnen durcheinander. Die Ordnung des Baues war gestört worden. Bewirte Trupps drängten herunter, herunter! Wohin es eben ging! Der Bau war in Gefahr! Ein Stock hatte ihn aufgewühlt! Ein Mensch hatte ihn mit dem Stock zerstört. Die herrliche Kuppel stürzte ein! Die oberen Stockwerke bestanden nicht mehr! Hinunter, hinunter alles, worum man dängen mußte! Jedes, was es erwischte: eine Puppe, eine Larve! Das Interesse der neuen Generation geht allem vor. Eins übergab es dem anderen. Und hier, im Stuhl, übernahmen die kleinen Sklavensklaven die Läuse und trugen sie durch die schmalen Öffnungen, durch die die Läuse geflohen waren, und durch die die Roten nicht vordringen konnten. Das Interesse der neuen Generation geht allem vor! Das Interesse des Baues geht allem vor! Und die fröhlichen kleinen Schwarzen schleppen die dreimal so großen roten Puppen.

Die verlorene Ameise stand in diesem Gestümmel wie verzaubert. In ihren Beinen und Mundstücken strömten sich zwingende Bewegungen. Sie fühlte, daß sie von der Arbeit mitgerissen werde. Fühlte das furchtbare Maß des Ameisenlebens. Der Bau war in Gefahr. Auch sie selbst war in Gefahr. Und die wimmelnden Sklavensklaven — waren ihre Art! Und ein großer Teil der gefährdeten Puppen — auch die waren ihre Art! Doch sah sie gar nicht mehr, welche ihre Art und welche fremd waren! Und sie schleppte auch schon eine große rote Puppe. Denn alle waren sie Ameisen, winzige, kleine Tiere, ausgefüllt der furchtbaren Welt und dem unbekannten Feind. Die verlorene Ameise war eins mit den anderen, ein kleines Röhrtörchen im winzigen Wimmeln, und nicht mehr heimatlos: sie war bereits ein Bürger des Roten Baues! Denn die Ameise erträgt die Einsamkeit nicht.

Die Bedeutung der Mandeln.

Von Dr. Rosbacher.

Ein kleines Mädchen wünscht sich brennend ein Brüderchen. Bald soll es kommen, haben Vater und Mutter versprochen. Zu lange dauert es der Kleinen. Ungeduldig betet sie am Abend: „Gib mir doch endlich ein Brüderchen, auch wenn es noch nicht ganz fertig ist, selbst wenn es noch keine Mandeln und keinen Blinddarm hat; das schadet nichts, die werden ihm ja doch später wieder herausgenommen.“

Wenn diese kleine Geschichte wohl auch erjunden sein mag, so hat sie doch einen realen Hintergrund. Denn tatsächlich werden gar vielen Kindern die Mandeln herausgenommen. Sind sie also nicht demnach wirklich überflüssig, wird der Vater denken. — Nun, heutzutage sind die Ärzte mit dem Entfernen der Mandeln nicht mehr so schnell bei der Hand wie in einer früheren Periode. Denn diese Gebilde haben gar wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Je eine Mandel sitzt seitlich am Gaumen, eine oben am Rachen, doch, dort wo die Röhre in die Mundhöhle übergeht, und je ein kleines derartiges Gebilde befindet sich an den Mündungen der beiden Ohrtrompeten. Diesen Organen fällt nun die Aufgabe zu, die in die obere Körperöffnung gelangten Bakterien unschädlich zu machen; gleichsam wie ein kleiner Schwamm fangen sie die Keime in den Rachen ihres Gewebes ab. In ihren Spalten spielt sich dann der Kampf der aufgenommenen und massenhaft gewucherten Bakterien mit der Schuttpolizei des Körpers, den weißen Blutkörperchen, ab. Hierbei gehen unzählige Kämpfer beider Parteien zugrunde. Es kommt zur Bildung von kleinen Eiterpföpfen, die man auf den Mandeln an ihrer gelblichen Farbe erkennen kann. Die Mandeln schwellen an, sie selbst und ihre Umgebung färben sich drohtrot — das ganze Bild nennen wir dann eine „eitrige Mandelentzündung“, eine „Angina“. Gelingt es den weißen Blutkörperchen, der abgelaugenen Krankheitserreger Herr zu werden, dann stoßen sich die Pföpfen nach

einigen Tagen ab. Schwellung, Rötung gehen zurück, und die Krankheit ist überwunden. Allerdings wird bis zum Siege der „Weißen“ auch der übrige Organismus in Mitleidenschaft gezogen, worauf Fieber und Störung des Allgemeinbefindens hindeuten; aber sobald der Kampf zugunsten der kleinen Schutzpolizisten entschieden ist, klingen auch diese Erscheinungen ab.

Doch nicht selten hinterläßt der Kampf deutliche Spuren; es gelingt zwar, die Ausbreitung der Bakterien zu verhüten, aber sie halten sich in den Rachen der Mandeln wie in eroberten kleinen Festungen, bereit, bei dem ersten Anlaß wieder einen Ausfall zu machen. Solche Anlässe bestehen in plötzlicher Abkühlung des Körpers oder eines Körperteils, der wir besonders häufig in der kälteren Jahreszeit ausgesetzt sind und die dann das Gleichgewicht zwischen Bakterien und weißen Blutkörperchen zunächst zugunsten der ersteren verändern kann. Solche Mandeln, in denen sich also ständig Eiterpföpfe finden, bedeuten eine gewisse Gefahr und bedürfen ärztlichen Eingreifens. Vielfach gelingt es durch Ausquetschen, Massieren usw., die Pföpfe gänzlich zu entfernen, aber nicht selten bleibt schließlich kein anderer Ausweg übrig, als die Mandeln samt den Bakterienneisten herauszunehmen. — Gewöhnlich handelt es sich hier um Menschen, die überhaupt gegen Erkältungen sehr empfindlich sind. Bei derartigen Personen artet übrigens sehr leicht eine Mandelentzündung in einen Rachenabszess aus. Dann sammelt sich hinter diesen kleinen Organen der Eiter unter hohem Fieber, heftigen Schluß- und Sprachbeschwerden an, die das Allgemeinbefinden erheblich beeinträchtigen. Es bildet sich eine Geschwulst, die etwa nach einer Woche von selbst ausbricht und aus der reichlich Eiter herausfließt, aber die durch einen Einstich entleert wird. Sobald der Eiter abgelaufen ist, lassen auch zauberhaft schnell die Beschwerden nach, und baldige Heilung tritt ein. Immerhin dürften doch wiederholte Mandelabszesse ein dringender Anlaß werden, um die Ausschaltung der Mandeln rätlich erscheinen zu lassen.

Die mit hohem Fieber einhergehende Angina erfordert Beiruhung, Priechmittelschlag um den Hals und Gurgeln mit Wasserstoffsuperoxyd. Aber da die Unterscheidung zwischen einer Angina und der häufig recht ähnlichen, sich gleichfalls auf den Mandeln abspielenden Diphtherie für den Laien höchst schwierig oder gar unmöglich ist, so rufe man lieber in allen Fällen von „Mandelentzündung mit Belag“ umgehend den Arzt, damit gegebenenfalls rechtzeitig die Heilerrum-einspritzung vorgenommen werden kann. Wenn auch die Angina in den meisten Fällen verhältnismäßig schnell und ohne Hinterlassung weiterer Schäden verläuft, so gibt es doch immerhin genügend Fälle, in denen im Gefolge einer eitrigen Mandelentzündung ein Gelenkrheumatismus, eine Nierenentzündung, eine allgemeine Blutvergiftung oder andere ernste Rachkrankheiten auftreten können. Häufig gehen diese Erkrankungen erst zurück, wenn die Mandeln entfernt worden sind. Im übrigen kann eine Angina auch den Beginn oder das Begleitsymptom eines Scharlachs wie anderer Infektionskrankheiten bilden.

Im Kindesalter sind vergrößerte Mandeln keine Seltenheit. Die ganze körperliche und geistige Entwicklung der Kinder kann hierunter, besonders bei Vergrößerung der Rachenmandeln, leiden. Man erkennt derartige Kinder leicht an ihrem stets offenen Mund, ihrem etwas bläulichen Gesichtsausdruck und an ihrer gaumigen Sprache. Auch hier wartet man möglichst lange ab, ob sich die Wucherungen nicht unter dem Einfluß von Klimawechsel, Lebertran und sonstigen allgemeinkräftigenden Maßnahmen zurückbilden. Wenn aber die Erscheinungen bleiben oder gar fortschreiten, dann entschließt man sich am Ende doch, die Störenfriede durch eine kleine Operation zu entfernen.

Wohin wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurückkehren, so hat das kleine Mädchen doch bis zu einem gewissen Grad recht gehabt: Lebensunentwendige Organe scheinen die Mandeln in der Tat nicht zu sein.

Die Auto-Metropole. Detroit, die amerikanische Stadt der Autofabriken, ist dank dieser Industrie in kurzer Zeit zur viergrößten Stadt Amerikas geworden; nach New York (mit 5 800 000 Einwohner), Chicago (mit 2 995 239) und Philadelphia (mit 1 242 000). Detroit zählte 1910 nur 465 706 Einwohner, 1920 stieg die Zahl auf 993 739, und jetzt ist die Million schon überschritten. Von 1910 bis 1925 stieg die Bevölkerungszahl um 180 Proz.

Beginn
2. Januar

INVENTUR

Alle Waren
zu Wiederverkäufer
Preisen
ausgegeben

VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN

PREISE teilweise bis zur **HÄLFTE** herabgesetzt

Zephir für Blusen und Oberhemden.....Meter 68 Pl.	Ein Posten angestaubter Voileblusen im Preise bedeutend herabgesetzt.... von 90 Pl. an	Damen-Strümpfe Saldenflor, mit Doppelsohle und Hochferse.... 75 Pl.	Ein Posten Damen-Lederhandschuhe SERIE I 290 SERIE II 390 Glas-Kingelieder Nappa, gewalpt
Vollvoile bedruckt..... Meter 95 Pl.	Ein Posten kunstseidener Hemdhosen Windelform, verschied. Ausführungen 3⁹⁰	Ein Posten Sportwesten reine Wolle, für Damen und Herren 6⁹⁰	Herren- und Damen-Schirme besonders billig..... 3⁶⁰
Noppenstoffe ca. 140 cm breit, für Knaben-Anzüge.....Meter 1⁹⁵	Ein Posten eleg. Damen-Halbschuhe verschiedene Lederarten u. Ausführungen, vorzogl. Qualität, fröh. bis 21,00 , jetzt 12⁵⁰	Brokatschuhe eleg. Ausführg., vornehme, mod. Form, Wiener, Pariser u. deutsche Fabrikate, fröh. bis 31,00 , jetzt 18⁰⁰	Herren-Socken graue Schweiß-Socken und einfarbige get. verstärkt.. 38 Pl.
Flauschstoffe reine Wolle, für Mäntel, ca. 130 cm breit....Meter 3⁹⁰	Damen-Röcke aus gutem Dougal 1⁴⁵ 2⁹⁰ marine Cheviot, feine Formen, auch in Frauen-größen..... 4⁹⁰ 7⁵⁰	Ein Posten Oberhemden Perkal, mit Kragen und gefütterter Brust, durchweg 5⁹⁰	Selbstbinder schöne, neue Muster 1⁴⁵ 95 60 Pl.
Schappe-Voile ca. 100 cm breit, schwarz, marine, weiss usw., Meter 2⁹⁰	Reste und Abschnitte aussergewöhnlich billig!		Ein Posten Herren-Unterhosen wollgemischt, in allen Größen.... 2⁴⁵
Gaufré-Kunstseide ca. 90 cm breit, moderne Karos.....Meter 3²⁵			

HERMANN TIETZ

Arterienverkalkung! Mit bestem Erfolg nehmen Sie **Apotheker Schuhr's Cordol** Wirkst. herabsetzend, appetitanregend und blutreinigend. **Zu einer Kar sind 6-8 Flaschen erforderlich.** **Wohin Sie Apotheker Schuhr's Präparate in den Apotheken, wo nicht zu haben, Pelsen Generaldepot C. Schmittner, Wilmersdorf, Babelsberger Str. 2, Tel. Plätschburg 4074 u. 2076, Bezugsquell. nach Herstell.: Apoth. Schuhr, Köln, Mosatstr. 27. Man verlange den Ratgeber für Kranke.**



Du
Ein Mannespreis hat nicht viel von herrlichen Winterjagen: Er überdauert auch Herbst und Winter, denn er fühlt sich jugendlich, ist gesund und abgestärkt. Die 12 Salze, wie in Dr. Schröder's Aufbausalz enthalten, haben die wunderbar belebende und kräftigende Wirkung: tausende von heilmitteln Anweisungen bezeugen dies!

2x1 Dr. Schröder's Aufbausalz = **1** ganzes Leben Jugend

Es schafft . . . gesundes, allseitiges Blut.
Es behebt . . . Müdigkeit, Abspannung, Unlust, Depression.
Es kräftigt . . . Nerven, Muskeln, Haarwurzel, Zahngewebe.
Es erneuert die Zellen und Gewebe.
Es hebt . . . die Verdauung, den Blutkreislauf, Stoffwechsel.
Es stärkt . . . Nieren, Leber, Darm und Blase.
Es bindet . . . überschüssige Säuren im Blut u. in den Organen.
Es befreit . . . Gelenke und verhindert Versteifung.
Es gibt . . . Kraft, Energie, Jugend, Wohlbehagen.
Es ist . . . schmerzlos, geruchlos, bequem zu nehmen.
Die tägliche Einnahme Dr. Schröder's Aufbausalz schafft es
Nur 12 mineralische Salze machen Dein Leben.
12 Einzel-Salze sind mineralisch enthalten in:

Dr. Schröder's-Aufbausalz
(Zwölfsalz)
Bewährt bei allen Zuständen.
Grosz-Kar (für ca. 80 Tage ausreichend) **Mark 2,50**
Klein-Kar **20** **Mark 1,-**
In Apotheken und Drogerien zu haben, kauft durch:
„Ditta“ Vertriebs-Handelsgef. m. b. H., Berlin SW. 48,
Belfeldstr. 19, 1. Stock, Ecke Charlottenstraße,
Telephon: Dönhofs 349.

Durch den Tod des Herrn
Paul Cassirer
sind wir in tiefste Trauer versetzt. Was seine überragende Persönlichkeit für das Kunstleben unserer Zeit bedeutete, mag von berufener Stelle gewürdigt werden. Uns war er mehr als der Begründer unseres Hauses: wir verlieren in ihm den gütigen Führer und treuesten Freund. Das Gedächtnis an ihn wird in uns und in seinem Werke lebendig bleiben.
Berlin, den 8. Januar 1926.
Die Mitinhaber der Firma Paul Cassirer
Dr. Walter Felchenfeldt. Dr. Grete Ring.
Trauerfeier am Sonntag, den 10. Januar 1926, um 11^{1/2} Uhr im Hause Viktoriastraße 35.

Tief erschüttert durch den Tod des Aufsichtsratsvorsitzenden unserer Gesellschaft
Paul Cassirer
betrauern wir in ihm den Begründer und geistigen Führer des Verlages.
Das Andenken an ihn wird unvergänglich bleiben.
Vorstand und Aufsichtsrat der
Paul Cassirer A. G.

Gewinn-Auszug
4. Klasse 26. Preussisch-Sächsische Klassen-Lotterie
1. Ziehungstag 8. Januar 1925

Auf jede einzelne Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zehn gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Das Hinscheiden des Herrn
Paul Cassirer
erfüllt uns mit aufrichtiger Trauer. Für alles, was uns berührte, hatte der Heimgegangene ein liebreiches Verständnis und warmes Herz. Wir wußten, daß wir in jeder Lebenslage auf ihn vertrauen konnten und beklagen den Tod dieses von uns so verehrten Mannes in schmerzhaftem Gedenken.
Berlin, den 8. Januar 1926.
Prokuristen und Angestellte
der Kunsthandlung und des Verlages
Paul Cassirer.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 .K gezogen

2 Gewinne je je 100 000 Mark 129208
2 Gewinne je je 50 000 Mark 235416
8 Gewinne je je 20 000 Mark 40325 95142 297098
4 Gewinne je je 10 000 Mark 115088 210516
10 Gewinne je je 5 000 Mark 89031 160332 194188 208142 280143
28 Gewinne je je 4 000 Mark 1178 13143 17218 20048 30769
50287 63190 65865 61707 73258 81387 80807 82047 107789 110851
127866 181326 132588 149406 150561 151704 169729 191157
194644 223135 227035 234829 258685 290509
218 Gewinne je je 3 000 Mark 6724 9413 10945 18001 19268
19809 20724 22618 25018 30184 37801 38156 38815 41714 47893
48322 54888 55389 55963 60614 63799 67053 72763 78223 81973
83082 85427 88046 88618 89337 89206 100616 109626 109763
113409 114101 115815 116724 116881 119081 119890 122190
123177 120478 128992 128039 126021 131584 140751 142538
144827 144864 147226 148971 102272 153122 154364 155380
157236 158481 150083 160648 166923 166884 167798 170272
173212 177820 177984 183034 192197 194590 200578 202335
210929 215648 214893 218027 228498 224250 230578 232335
225802 229036 229216 230620 230896 230819 234968 240730
245822 247810 253915 250426 258484 261403 262287 264390
267612 267483 267988 268230 262451 266308 287373 288438
289211 293089 298606

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 .K gezogen

2 Gewinne je je 50 000 Mark 162431
2 Gewinne je je 50 000 Mark 254195
4 Gewinne je je 10 000 Mark 64069 196864
4 Gewinne je je 8 000 Mark 72360 82473
16 Gewinne je je 5 000 Mark 23206 96052 90351 124414 125072
222393 231880 289848
72 Gewinne je je 4 000 Mark 8020 32675 43017 44840 46342
47691 50295 57173 62499 64312 73062 75412 79626 78432 80410
94935 105595 110096 181793 204427 211188 220673 221341
223716 224586 230960 234307 251457 234501 259771 261690
272427 277729 289370 299750 299744
206 Gewinne je je 3 000 Mark 2090 4544 4787 5585 7355 7574
14445 19331 18490 21526 23298 24286 26900 27900 33140 37461
38370 43229 48672 52623 63798 67880 69181 61233 67710 68390
69724 76258 77497 86659 87162 87613 89400 90333 94508 95623
95007 106787 107409 108639 112812 113702 117478 118663 122078
123982 126483 138835 141884 143095 146403 148518 147798
145708 150802 151765 154653 158854 160363 163469 164368
167078 170847 172809 178990 181890 185181 187742 189399
200720 202684 207867 211094 214099 215918 220378 227892
228899 229121 229648 235002 235771 239503 243077 242487
262381 266311 266390 263144 268234 265121 266000 270460
272196 275524 278406 282201 283066 274574 285463 286625
290366 297222

In tiefer Trauer versetzt durch das plötzliche Hinscheiden des Gründers unserer Gesellschaft, Herrn
Paul Cassirer
gedenken wir dieses ungewöhnlichen Mannes und gütigen Menschen in hoher Verehrung und Dankbarkeit. Sein Name bleibt mit seinem Werk unauflöslich verknüpft.
Amsterdam, den 8. Januar 1926
N. V. Amsterdamsche Kunsthandel Paul Cassirer & Co.
Dr. Helmuth Lüfjens.